

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Nitzsche, Berlin.
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O B 61, Delle-Rillence-Platz 8
Telefon: Cepadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechnung gestattet. Abdruckung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 10. Juli 1930

Die Kohlensäuregefahr.

Die Ursache der Grubenkatastrophe bei Neurode.

Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Das Auftreten von Wettern mit Kohlensäure, die zu dem furchtbaren Unglück von Neurode geführt haben, ist im niederschlesischen Steinkohlenbergbau seit Jahrzehnten bekannt. Die Kohlensäure ist in dem gesamten Flözgebirge in mehr oder weniger grosser Dichte enthalten; auch tritt sie in Form der bekannten heilkräftigen Quellen von Salzbrunn und früher von Altwasser zutage. Sie entstammt dem glutflüssigen Innern des vulkanischen Gesteins, welches das Steinkohlengebirge durchsetzt, und stellt den Rest der vulkanischen Tätigkeit dar.

Kohlensäure selbst ist ein unatembares farbloses Gas, das in einer Reihe von Kohlenflözen Niederschlesiens ähnlich wie Wasser in einem Schwamm, enthalten ist und bei Freilegung der Kohlenstösse in mehr oder minder starker Masse, häufig unter bedeutendem Druck und plötzlich, austritt. Das Gas ist bedeutend schwerer als die gewöhnliche Luft und sinkt daher zu Boden. Es sammelt sich also zunächst an den tiefstgelegenen Stellen, so z.B. auf der Sohle, in Bühnlöchern, über der Wassersaige, am Fusse von Abbauen, Überhauen, Gesenken usw. und fliesst auch ähnlich wie Wasser unter den frischen Wettern am Boden hin. Man merkt Kohlensäure an der Benzinsicherheitslampe (Abheben der sich blaufärbenden Flamme vom Brennrand und mattes und matteres Brennen bis zum Erlöschen), durch oft stechend säuerlichen und eigenartigen Geruch, der an den Inhalt der bekannten Selterflasche erinnert, und durch Atembeschwerden und Angstgefühle. Ist Kohlensäure vorhanden, dann bricht gewöhnlich Schweiß bei dem Menschen aus. Es stellen sich Herzklopfen, Kopfschmerzen und Schwindelanfälle ein. Dann ist schleunige Flucht aus dem Gefahrenbereich in den frischen Wetterstrom geboten.

Die ständige und allmähliche Kohlensäureausströmung des Gebirges und der Flöze, die zeitweise auf einer Grube bis zu 100 Kubikmeter je Tonne geförderte Kohle betrug, hat bisher nur wenige Unfälle hervorgerufen. Das ist vor allem auf die reichliche Bewetterung der Gruben und auf die Vertrautheit der Bergleute mit den Eigenschaften der Kohlensäure zurückzuführen. Grösser ist die Gefahr und die Möglichkeit einer Katastrophe, wie wir sie jetzt erleben, wenn die Kohlensäure plötzlich ausbricht. Aus dem standfesten Kohlenstoss rast dann hochgespannte Kohlensäure hervor, zertrümmert die Kohle und schleudert sie als Staub in die Grubenräume hinein. Ausbrüche von 500 Tonnen Kohle und 5000 Kubikmeter Kohlensäure sind in Niederschlesien nicht selten.

Die Ausbrüche sind im niederschlesischen Bergbau erstmalig im Jahre 1894 aufgetreten. Seitdem sind wohl insgesamt 450 Ausbrüche erfolgt, durch die nicht weniger als 44 000 Tonnen feste Massen hereingeworfen sind. Die Häufigkeit und die Wucht der Ausbrüche wächst mit der Teufe. Nach Mitteilung des Ausschusses zur Erforschung der Kohlensäureausbrüche in Niederschlesien forderten bis zum Jahre 1925 die Kohlensäureausbrüche und die Ausbrüche von reinem oder

mit Kohlensäure vermischten Grubengas (Methan) 55 Menschenleben und 22 mehr oder weniger leicht verletzte Opfer. Von der Gesamtzahl der Ausbrüche ereigneten sich nur 4,3 % in Ausrichtungsbetrieben und 4,6 % in Abbaubetrieben; der Rest von 91,1 % entfällt auf die Vorrichtungsbetriebe im Flöz. Die Zahl der bisher von Ausbrüchen betroffenen Gruben beträgt 9.

Die wichtigste Massnahme zur Bekämpfung der Ausbruchgefahr ist die gewollte Auslösung der Ausbrüche zu einer bestimmten Zeit, in der sich die Ortsbelegschaft und die Belegschaft der im gleichen Wetterstrom liegenden Betriebe in Sicherheit, d.h. hinter dichtschiessenden Wettertüren, den sogenannten Schiesstüren, befindet. Man erreicht diese Auslösung durch besonders stark geladene Sprengschüsse, die den Kohlenstoss derart erschüttern, dass die darin enthaltene Kohlensäure explosionsartig frei wird. Dagegen muss während der Anwesenheit der Bergleute vor Ort jede stärkere Erschütterung des Ortsstosses vermieden werden. Deshalb ist die Arbeit mit der Keilhau und mit sonstigen schlagenden Geräten, wie Bohr- und Abbaupammer, im allgemeinen verboten und nur zur Herstellung von Bühnlöchern, zur leichten Begradigung der Stösse und zum Ablösen freihängender Schalen gestattet.

Über die in Kohlensäuregruben zu beachtenden Massnahmen hat der Ausschuss zur Erforschung der Kohlensäureausbrüche im niederschlesischen Steinkohlenbergbau Richtlinien aufgestellt und ein Merkblatt herausgegeben. Das hat den Erfolg erzielt, dass seitdem über 92 % aller Ausbrüche durch die Erschütterungsschüsse künstlich und daher für die Belegschaft unschädlich hervorgerufen worden sind. Diese Massnahme wurde durch belehrende Vorträge und durch Vorführung von Unfallverhütungsfilmern ergänzt. Selbstverständlich waren die Belegschaften der jetzt betroffenen Strecken über die Gefahr und Gefährlichkeit von Kohlensäureausbrüchen hinreichend unterrichtet. Mit der gewöhnlichen Erklärung, es habe Unvorsichtigkeit und Fahrlässigkeit vorgelegen, wird man die Katastrophe von Neurode wohl nicht erklären können. Im Interesse der Sicherheit der Belegschaften ist deshalb eine eingehende und gründliche Untersuchung über die Ursache der Katastrophe notwendig.

Von Anfang an hat man die Neuroder Katastrophe mit der Mechanisierung der Betriebe in Zusammenhang gebracht. Fest steht, dass die Kohlensäureausbrüche weniger Opfer forderten, als die Betriebe noch nicht durchmechanisiert waren. Gerade in den letzten Jahren fällt eine Steigerung der Opfer auf. Es scheint, als ob die Mechanisierung die Sicherheitsverhältnisse in der Art verändert hat, dass die bedrohten Bergknappen nicht rechtzeitig gewarnt werden. Das stimmt mit Aussagen von Arbeitern überein, die dahin gehen, dass die jetzt im Gebrauch befindlichen Schremm-Maschinen viel weniger kontrollierbar seien als die früheren Handbohrer. Dem muss u.E. unbedingt nachgegangen werden. Der Gebrauch der Schremm-Maschine hat in den kohlenensäurehaltigen Bergflözen Schlesiens an sich eine Einschränkung erfahren. Verringert sie die Sicherheitsmassnahmen, so muss sie verschwinden.

SPD. Dresden, 10. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Sächsische Landtag wählte am Donnerstag mit 37 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Volksnationalen den sozialdemokratischen Abgeordneten Weckel zu seinem Präsidenten. Die übrigen bürgerlichen Parteien gaben weisse Zettel ab, die Kommunisten stimmten für ihren eigenen Kandidaten.

Als Weckel gewählt war, erklärten die Nationalsozialisten, dass ihre Fraktion nicht beabsichtige mit einem Sozialdemokraten zusammen im Präsidium des Landtags vertreten zu sein. Als erster Vizepräsident wurde daraufhin der deutschnationale Abgeordnete Eckardt und als zweiter Vizepräsident der Volksparteiler Heckmann gewählt. Die Sozialdemokratie enthielt sich bei der Wahl der Vizepräsidenten, die mit 51 Stimmen der bürgerlichen Parteien erfolgte, der Stimme. Der kommunistische Kandidat für die Vize-Präsidentschaft vereinigte 13 Stimmen der Kommunisten auf sich.

Im Anschluss an die Präsidentenwahl legte Ministerpräsident Schieck sein Amt mit folgender Erklärung nieder: "Aus den Erfahrungen der letzten Woche heraus halte ich mich für verpflichtet, darauf hinzuweisen, dass es unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Wohl des Landes erfordert, die geschäftsführende Regierung möglichst bald durch eine Regierung abzulösen, die sich bei ihren Entschliessungen auf eine feste Mehrheit des Landtages stützen kann. Eine der dringendsten Aufgaben des Landtags ist die Verabschiedung des Etats. Nachdem der vorige Landtag seine Beratungen mit einer geschäftsführenden Regierung abgelehnt hat, vermöge die jetzige Regierung seine Wiedereinbringung nicht ohne weiteres als ihre Aufgabe anzusehen. Um aber keine Zeit zu verlieren, die in Sachsen gestiegene Arbeitslosigkeit zu mildern, wird dem Parlament unverzüglich eine Vorlage zugehen, in der die in dem Haushaltsplanentwurf vorgesehenen oder noch vorzusehenden Positionen zusammengefasst sind, von denen eine Belebung der Wirtschaft und eine günstige Beeinflussung des Arbeitsmarktes erwartet werden können."

Die nächste Sitzung des Landtags findet am Dienstag, den 15. Juli statt. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Ministerpräsidenten.

SPD. Die Nachricht des sozialdemokratischen "Kasseler Volksblatts", dass während der Deutschlandfahrt des "Graf Zeppelin" in der Umgebung von Kassel aus der Passagiergondel nationalsozialistische Flugblätter abgeworfen worden seien, wird von der Leitung des "Graf Zeppelin" stark bezweifelt. Weder vom Personal noch von einem der Passagiere sei ein Abwurf bemerkt worden. Der Luftschiffbau Zeppelin lehne es entschieden ab, die nationalsozialistische Agitation zu unterstützen und bittet nicht in den parteipolitischen Kampf hineingezogen zu werden.

SPD, Neurode, 10. Juli (Eig. Drahtb.)

Das Neuroder Revier, der Ort der fürchterlichen Bergbau-Katastrophe, ist seit langem eine Stätte des Elends. Seine Kohlengruben haben die schlechtesten Abbauverhältnisse. Durch das vorgelagerte Eulengebirge wird das Gebiet völlig abgeriegelt und hat nur umständliche Verbindung mit den Wirtschaftsbezirken, die Absatzgebiet sein könnten und sein müssten. Die drückende Lage der Bevölkerung äussert sich vor allem in den Löhnen, die selbst bei fleissigster Arbeit kaum höher als 100 Mark im Monat sind. Wer einmal die Kleidung der hiesigen Bergleute in einer der Waschkauen baumeln sah - zerschlagen, geflickt, kaum noch menschenwürdig - der hat einen Begriff von dem Elend, das hier seit Jahrzehnten zu Hause ist. Hunger und Entbehrung haben die Menschen duldsam und stumpfsinnig gemacht.

Die furchtbarste Geissel der hiesigen Gruben ist die Kohlensäure. Sie findet sich in der Steinkohle gebunden oft in kaum zwei Fäuste grossen Zusammenballungen, aber mit unerhörtem Druck, der bei einem Ausbruch sofort alle frische Luft verdrängt und in starker Explosivwirkung die Strecke weithin zerstört. Das Hauen der Kohle vor Ort ist wegen dieser Gefahr verboten. Auch die Anwendung von Schrämm-Maschinen ist nicht gefahrlos. Nach einem kleinen Ausbruch am 28. Juni d. J. wurde die in der betreffenden Gefahrenstelle befindliche Maschine sofort zurückgezogen, eine in der jetzigen Ausbruchsstelle arbeitende wurde jedoch trotz erhöhter Gefahr an Ort und Stelle belassen. Die Bergarbeiterschaft ist geneigt, dies als Ursache des grossen Unglücks zu betrachten, während die Verwaltung der Ansicht ist, dass die Katastrophe überraschend kam und die Sicherheitsmassnahmen ausgereicht haben.

Wenn die Kohlensäure ausbricht, dann beginnt für die Bergleute, sofern nur noch eine Sekunde bleibt, ein rasender Wettlauf mit dem Tode. Wer sich

durch einen glücklichen Zufall hinauf- oder hinunterretten kann, kommt vielleicht mit dem Leben davon, wenn ihn auch monatelange Krankheit quält. Wo aber durch den Bruch jeder Ausweg versperrt wird, zerreisst und verbrennt das tödliche Gas die Lungen. Schwer nach Atem ringend werden die Lebenden geborgen; blaß und mit Kohlenstaub zerfressenen Gesichtern schleppt man die Toten herauf; die Glieder erstarrt, wie sie der schleichende Tod vor Ort überraschte.

+ + +
Je näher man zu der Unglücksgrube in Hausdorf kommt, desto mehr ballt sich ein banger und klagender Menschenhaufen zusammen: Weinende Frauen, denen das ungewisse Schicksal des Mannes oder Sohnes dort unten noch das Herz in schwacher Hoffnung schlagen lässt. In harter Arbeit versuchen die Rettungskolonnen unterdessen zu bergen und zu retten, wer zu retten ist. Immer wieder werden ächzende halb bewusstlose Arbeiter geborgen - in heftigem Auf und Nieder ringt ihre Brust um das kärgliche Leben. Manchen werden die Glieder steif, während man sich müht, ihm künstlich frische Luft zuzuführen. Man spürt einen Schrecken und geht leise beiseite. Hier ist nichts mehr zu machen. Immer wieder fahren Lastautos und Privatwagen davon mit der kostbarsten Fracht, die es gibt Menschenleben, von denen man nicht weiss, ob sie noch pulsieren oder in der nächsten Sekunde erstarrt sind. Von Stunde zu Stunde wächst die Zahl der Toten droht für Hunderte von Familien das Elend grösser zu werden. Die Tragödie, deren ganzes Ausmass kaum zu ermessen ist, bringt die Tragik des Bergmannsberufes wieder vor aller Augen und schreit die Not des niederschlesischen Bergbauers gellend in alle Ohren: Wo solche Gefahren lauern, wo Menschen jeden Tag ihr Leben aufs Spiel setzen, da sollte es lohnendere Tätigkeit geben, da sollte mit kargen Groschen kein Kumpel am Wochenende nach Hause gehen müssen. Wenn die Sinnlosigkeit unserer Wirtschaftsordnung eines Beweises bedurft hätte, hier wäre er geliefert.

+ + +
Der schleichende Tod Kohlendioxid hat unerhört reiche Ernte gehalten. 80 Todesopfer sind seit Donnerstag-Nachmittag bekannt. 75 sind eingeschlossen und werden verloren gegeben. 49 liegen auf dem Krankenbett. In Mölke werden weiterhin Stunde um Stunde vom Schacht zum Verwaltungsgebäude Bahren getragen. Eine Wolldecke schützt, was einmal Leben war und jetzt mit dem offenen Munde, der nach Atem rang, und mit kohlenstaubzerstörtem Gesicht tot ins Arztzimmer gebracht wird. Dort steht ein junger Arzt, selbst so erschüttert, dass man glaubt, er müsse jeden Augenblick weinen. Er hebt das geschlossene Augenlid dessen auf der Bahre: ein gebrochener Blick zeigt sich, kurzes Horchen auf der Brust und immer wieder deutet eine müde Gebärde der Hand an, dass es wieder einen Toten herauszuschaffen gilt. Auto auf Auto fährt tote Menschenfracht zur Stadt, wo sich die Erstickten im Knappschaftslazarett häufen. Und immer wieder Schreie. Da hat eine Frau ihren toten Mann auf dem Transportauto gesehen, da weiss eine Mutter, dass sie drei Söhne mit einem Schlag verloren hat; da fragt eine Frau, wo ihr Gatte auf der 17. Abteilung sei, und man traut sich nicht ihr zu sagen, dass gerade diese Abteilung eingeschlossen und wahrscheinlich verloren ist; denn mit der Kohlendioxid gibt es keinen Wettlauf.

Die hiesigen öffentlichen Gebäude haben Halbmast geflaggt. Auch aus vieler Privathäusern wehen Zeichen der Trauer. Das Entsetzen und das Mitleid schweissen hier die Menschen für Tage zusammen. Jeder spürt, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann.....

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht :

"In den letzten Monaten häufen sich die Nachrichten, dass grossen Unternehmungen und wohlhabenden Steuerpflichtigen in wachsender Masse Steuerstundungen und Steuererlasse gewährt werden, die bei Anlegung der gleichen stren-

gen Masstäbe, wie sie für die Besteuerung der Lohn- und Gehaltsempfänger sowie der kleinselbständigen Einkommen massgebend sind, nicht zugebilligt werden dürften. Ist die Regierung bereit 1. Auskunft darüber zu geben, nach welchen Grundsätzen die Stundungen und Niederschlagungen bei grossen Unternehmungen und wohlhabenden Steuerpflichtigen ausgesprochen werden, 2. endlich dem Reichstag die seit Jahren verlangte Statistik der niedergeschlagenen und erlassenen Steuerbeträge laufend vorzulegen?"

SPD. München, 10. Juli (Eig. Drahtb.)

Im Bayerischen Landtag kam es am Donnerstag durch das rüpelhafte Benehmen der Hakenkreuzler wieder einmal zu Radauszenen.

Ein bäuerlicher Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei brandmarkte die Radautaktik der Nationalsozialisten in ihren Versammlungen und erzählte einen Zwischenfall, wo Diskussionsredner, denen man vorher freie Aussprache zugesichert hatte, darunter ein Vater von zehn Kindern, von den Hitlerleuten vom Podium herabgerissen, durch den Saal geschleift, blutig geschlagen und schliesslich auf die Strasse geworfen wurden. Diese Mitteilung rief bei allen Parteien einen Sturm der Entrüstung gegen die nationalsozialistischen Rowdies hervor. Es kam zu einem allgemeinen Tumult, an dem sich auch Tribünenbesucher beteiligten. Nur mit grosser Mühe gelang es dem Präsidenten die Ruhe wieder herzustellen.

Der Innenminister, den die Hakenkreuzler in der gleichen Sitzung wegen des Uniformverbots mit beleidigenden Äusserungen herausgefordert hatten, fertigte die Burschen mit einer Rede ab, wie sie bisher im bayerischen Landtag von der Ministerbank noch nicht gehört worden war. Er schloss seine Zurechtweisung mit den Worten: "Ich stehe auf einem einfachen und klaren Standpunkt. Ich könnte ihn in einem einfachen Wort feststellen, ich will es aber nicht aussprechen, sie können es sich selbst denken." Stürmische Bravo-Rufe im ganzen Hause zeigten, dass die Andeutung des Götz von Berlichingen allgemein verstanden und gebilligt wurde. Angesichts dieser Stimmung getrauten sich die Nationalsozialisten nicht mehr vor. Sie verhielten sich mäschenstill!

SPD. Dem Antrag der Sozialdemokratie im Reichstag aus Anlass der Grubenkatastrophe bei Neurode sofort mit ausreichenden Mitteln einzugreifen, sind die hinter der Regierung stehenden Parteien mit folgendem Antrag gefolgt:

"Angesichts der Bergwerkskatastrophe auf der Wenzeslausgrube bei Hausdorf richten wir an die Reichsregierung das Ersuchen 1.) mit grösster Beschleunigung die Ursache des Unglücks festzustellen, 2.) alle geeigneten Massnahmen zu ergreifen, um Katastrophen dieser Art zu verhindern, 3.) für eine ausreichende Unterstützung der Hinterbliebenen Sorge zu tragen."

+ + +

Der Preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat an die Zechenverwaltung der Wenzeslausgrube folgendes Telegramm gesandt: "Zu dem schweren Grubenunglück, das auf so tragische Weise den Tod vieler wackerer Bergleute herbeigeführt hat, spreche ich zugleich im Namen der Preussischen Staatsregierung herzlichste Teilnahme aus."

An den Vorsitzenden des Betriebsrats der Wenzeslausgrube telegraphierte Dr. Braun: "Tief erschüttert von der Schwere des Grubenunglücks bitte ich, den Hinterbliebenen der Opfer und den Verletzten mein aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck zu bringen. Beifolgende 2000 Mark bitte ich, zur Linderung der Not der Hinterbliebenen zur Verteilung zu bringen."

+ + +

Die Preussische Staatsregierung hat für die Hinterbliebenen der Verunglückten und für die Verletzten sofort 100 000 Mark bereitgestellt.

SPD. Die Reichshilfe für die Personen des öffentlichen Dienstes sieht vor, dass auch die Behördenangestellten, soweit ihr Einkommen über 3 285 Mark jährlich ausmacht, abgabepflichtig sein sollen. Gegen diese Bestimmung, die auch diejenigen Angestellten im öffentlichen Dienst trifft, die keine gesicherte Existenz haben, sondern jederzeit mit Kündigung entlassen werden können, hat die Sozialdemokratie die stärksten Bedenken. Sie stellte deshalb am Donnerstag im Steuerausschuss des Reichstags den Antrag, dass nur diejenigen Angestellten bei tragspflichtig sein sollen, "die aus einem in ihrer Person liegenden wichtigen Grunde gekündigt werden können und ebenso wie die Beamten Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung haben". Die Heranziehung der Angestellten mit kurzfristiger Kündigung soll dadurch unmöglich gemacht werden. Von den Demokraten wurde ein ähnlicher, nicht ganz so weit gehender Antrag eingebracht. Er bestimmt, dass diejenigen Behördenangestellten freizulassen sind, die der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung unterliegen.

Um beide Anträge entspann sich eine lebhaftete Diskussion. Die Reichsregierung vertrat den Standpunkt, der Reichshilfebetrug belaste diese Angestellten nur gering. Ihre Freilassung kompliziere die Einziehung der Reichshilfe und verursache einen Einnahmeausfall von 7 bis 7½ Millionen. Sie erklärte sich jedoch damit einverstanden, dass nur solche Angestellte herangezogen werden, die mindestens drei Jahre in Beschäftigung gestanden haben, statt einem Jahr, wie es jetzt im Gesetzentwurf vorgesehen ist.

Abg. Dr. Hertz (Soz.) bekämpfte die Stellung der Regierung mit grundsätzlichen Erwägungen. Es handele sich nicht darum, im Einzelfall oder in vielen Einzelfällen Härten zu vermeiden, sondern darum, der Reichshilfe den Charakter der Heranziehung der wirklich für ihr ganzes Leben gesicherten Existenzen zu erhalten. Es gebe nur zwei Möglichkeiten. Entweder sei die absolute Sicherung der Existenz für die Heranziehung zur Reichshilfe entscheidend, und dann könnten nur die Beamten und Personen in beamtenähnlicher Funktion erfasst werden. Wolle man jedoch auch diejenigen heranziehen, deren Existenz nur gesicherter sei als die der Masse der Lohnarbeiter, dann sei nicht einzusehen, weshalb nur die Kündigungsangestellten des öffentlichen Dienstes und nicht auch die der Privatwirtschaft belastet würden. Nachdem die Regierung das letztere fallen gelassen habe, müsste auch die Freilassung der Behördenangestellten erfolgen, wie es die Regierung von sich aus für die Herren Aufsichtsräte ohne weiteres getan habe. Der Einwand mit dem Ausfall sei lächerlich. Er könne ohne grosse Schwierigkeiten auf andere Weise gedeckt werden.

Nachdem Abg. Dr. Fischer (Dem.) sich der grundsätzlichen Stellungnahme von Dr. Hertz angeschlossen hatte, wurde die Aussprache vertagt, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, weiteres Material vorzulegen und zu den grundsätzlichen Einwänden Stellung zu nehmen.

SPD. Paris, 10. Juli (Eig. Drahtber.)

Ministerpräsident Tardieu hat es mit der Angst bekommen, um sich dem Lande und seiner reaktionären Mehrheit zu erhalten, hat er mit der vielköpfigen Schar seiner Mitarbeiter beschlossen, das Parlament spätestens am Sonnabend in die Serien zu schicken. Die Flucht ins Freie vollzieht sich dabei nicht ohne Hinterlassung zahlreicher Defekte.

Das Milliardenprojekt zur Hebung von Landwirtschaft, Handel und Industrie, das zu Ostern schon einmal auf der Strecke geblieben ist, wird ein zweites Mal bis in den Spätherbst vertagt. Die Petroleumkonvention ist wiederum ins Wasser gefallen, da der alte Konzessionsvertrag mit einer französischen Privatgesellschaft am 31. Juli abläuft und nicht wieder erneuert wird. Der Milliardenkredit für die Rüstungen zu Wasser und zu Lande, die Kolonialsammelanleihe und einige kleinere Vorlagen sollen bis Sonnabend noch schnell unter Dach und Fach

gebracht werden. Auch die Interpellation der Radikalen über die Finanzkrise in den Kommunal- und Provinzverwaltungen und die der Sozialisten über den Poststreik sollen am Freitag noch zur Diskussion gestellt werden.

So endet die Sommertagung abermals mit einem riesenhaften Fiasko für die Regierung der Prosperität und der Realpolitik. Der Sozialistenführer Léon Blum hatte alle Lacher auf seiner Seite, als er Herrn Tardieu am Donnerstag in der Kammer zu verstehen gab, dass seine Politik nichts weiter sei als ein leerer Bluff. Natürlich rief diese harte aber gerechte Kritik wilde Zwischenfälle hervor und Tardieu selbst betonte gereizt, dass er immer noch die Kammer bis zum 7. August oder noch länger nachsitzen lassen könne. Um den unbequemen sozialistischen Kritiker zum Schweigen zu bringen, entblödete sich der reaktionäre Abgeordnete Gaumet nicht, das von dem Parfumfabrikanten Coty ausgeheckte Märchen zu wiederholen, dass Léon Blum im Angestelltenverhältnis zu der Petroleumgesellschaft St. Gotain stehe. Er rief damit gewaltige Entrüstungen hervor. Herriot protestierte aufs entschiedenste, dass man derart die Ehre eines Parlamentariers beschmutzen könne, so dass sich der Angreifer schliesslich zu einer Entschuldigung genötigt sah.

SPD. Der Reichsrat hat am Donnerstag auf Antrag der preussischen Regierung gegen das vom Reichstag angenommene Amnestiegesetz Einspruch erhoben. Das Gesetz muss also dem Reichstag zur nochmaligen Beschlussfassung vorgelegt werden. Beschliesst der Reichstag mit Zweidrittelmehrheit entgegen dem Einspruch des Reichsrats, so hat der Reichspräsident das Gesetz binnen 3 Monaten in der vom Reichstag beschlossenen Fassung zu verkünden oder einen Volksentscheid anzuordnen. Da schon in der vorigen Woche eine Zweidrittelmehrheit für die Amnestie vorhanden war, wird sich diese aller Wahrscheinlichkeit nach auch bei der neuen Beschlussfassung wieder finden, und da der Reichspräsident, wie man weiss, mit dem Gesetz sympathisiert, wird er es verkünden und nicht die Entscheidung des Volkes anrufen. Am unangenehmsten wird die Erneuerung der Abstimmung für die Kommunisten sein, denn sie werden sich genötigt sehen, ihren schmähhlichen Handel zugunsten der Fememörder noch einmal ausdrücklich zu bestätigen.

SPD. Hannover, 10. Juli (Eig. Drahtber.)

Die politische Obstruktion des rechtsgerichteten Magistrats gegen die sozialistische Mehrheit im Bürgervorsteherkollegium hat eine grosse Anzahl von Verwaltungsstreitverfahren zur Folge. Der welfische Oberbürgermeister Dr. Menge will auf jeden Fall einen grösseren Einfluss der Sozialdemokraten im Magistrat verhindern. Er hat deshalb die kürzlich vorgenommene Wahl eines sozialdemokratischen Bürgermeisters und 3 sozialdemokratischen Senatoren beanstandet. Obwohl der Provinzialrat sich am Dienstag auf die Seite der Mehrheit des Stadtparlaments gestellt hat, hat der reaktionäre Bezirksausschuss am Donnerstag wieder zugunsten des Magistrats entschieden. Die Klage des Stadtparlaments gegen den Magistrat auf Aufhebung der Beanstandungsverfügung gegen die Wahl der neuen Magistratsmitglieder wurde abgewiesen. Das Bürgervorsteherkollegium wird jetzt das Obergericht zur Entscheidung anrufen.

Unter Verschwendung erheblicher öffentlicher Mittel hat der Magistrat inzwischen unter dem Titel "Sparen tut not" eine vom Oberbürgermeister gezeichnete Kampfbroschüre gegen das Bürgervorsteherkollegium herausgegeben. Diese von Unwahrheiten strotzende Kampfschrift wird seit Tagen durch 60 städtische Angestellte in der ganzen Stadt Haus für Haus verbreitet, alles unter dem Motto: "Sparen tut not!"

SPD. Paris, 10. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Untaten der Nationalsozialisten im Rheinland haben den französischen Nationalisten wieder einmal Wasser auf ihre Mühle geliefert. Ihre Organe setzen alles in Bewegung, um durch Greuelmärchen aller Art neues Misstrauen gegen Deutschland zu säen. Der "Intransigeant" begnügt sich z.B. schon nicht mehr mit der Behauptung, dass die Polizei bei diesen Zwischenfällen beide Augen zugedrückt habe, er erklärt sogar, dass die Unruhestifter selbst bezahlte Geheimpolizisten gewesen seien. Das nationalistische "Echo de Paris" wagt darüber hinaus den amtlichen Bericht des Oberkommissars Tirard über den korrekten Verlauf der Räumung als fromme Fälschung zu bezeichnen. Die französische Regierung, erklärt das Blatt, wolle mit dem Verschweigen der dem General Guillaumat und den abziehenden Truppen angetanen Beleidigungen das wortbrüchige Deutschland entlasten, das entgegen seinen vertraglichen Verpflichtungen den Separatisten im Rheinlande nicht den geringsten Schutz gewährt habe.

SPD. 150 Grubenopfer in Neurode! Schon wieder Massentod im Waldenburger Bergbaugesamt, im schlesischen Hungerland zwischen Breslau und Glatz! Wieder werden gefühlvolle Betrachtungen durch die Presse gehen, wieder werden Behörde und Parlamente in Ausdrücken des Mitleids mit dem harten Los der niederschlesischen Grubenarbeiter wetteifern, wieder wird man tagelang die Schuldfrage erörtern, ohne dass dabei etwas herauskommt, wieder werden angesichts der grauenvollen Katastrophe - in den ersten Tagen - wohlthätige Spenden fließen und dann - dann ist wieder alles wie zuvor. Noch sind die Grubenopfer in Neurode nicht geborgen, da fahren die Kumpels von neuem zur Schicht. Sie werden auch morgen und übermorgen und noch viele, viele Jahre in den niederschlesischen Gruben zu Arbeit und Tod fahren - wenn nicht vielleicht doch eines Tages die Arbeiterbewegung durch eine vernünftige Wirtschaftsordnung und -Führung die Hunger-, Elends- und Unglücksgebiete beseitigt. Grubenfelder, die sich schlecht rentieren, und deren Abbau nur bei Hungerlöhnen durchgesetzt werden kann, sollten geschlossen werden, Grubenfelder, die fast nur Leichenfelder sind, sind kein Gewinn, sondern ein Verlust für Wirtschaft und Volk.

Der niederschlesische Hungerbergbau wie die niederschlesische Hungerweberei sind eine Anklage gegen unsere Wirtschaft und ein Armutszugnis für unsere Wirtschaftsführung. Seit Jahren kommen immer wieder aus dem niederschlesischen Notstandsgebiet um Waldenburg, Neurode, Reichenbach, Langebielau, Peterswaldau usw. die Notschreie einer Bevölkerung, bei denen Frau Sorge ständiger Gast ist. Die Arbeit in der Weberei wie im Bergbau wird hundsmiserabel bezahlt, vielfach ist aber auch für schlechtesten Lohn kaum Arbeit zu bekommen. Unterernährung und Tuberkulose sind an der Tagesordnung. Während die Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich 9,7 beträgt, ist sie in Niederschlesien auf 11,4 gestiegen. Unsagbar traurig ist das Wohnungselend. Die Schulkinder kommen massenweise ohne oder mit einem nur sehr kargen Frühstück zur Schule. Mit einem Wort: wir haben es dort unten in Niederschlesien mit einem Unglücksgebiet zu tun, das durch rigorose Grenzziehung im Osten, durch die 60-70% des Absatzgebietes verloren gegangen sind, durch die allgemeine Arbeitslosigkeit und durch die schwierige Lage der Landwirtschaft in eine geradezu verzweifelte Situation geraten ist, die ganz Deutschland Anlass zum Nachdenken geben sollte. Vor kurzem erst fand auf Anregung des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Lüdemann in Breslau eine Besichtigungsreise der Presse durch das Hungerland statt, auf der vor allem die Grenzgebiete und die Grafschaft Glatz besucht wurden. Der Zweck der Reise war, die Westdeutsche Presse über die schwierige Lage des Ostens aufzuklären und den Westen davon zu überzeugen, dass Hilfe vor allem für die schlesischen Notgebiete erforderlich ist.

Was soll aus den niederschlesischen Kumpels und Webern werden? In Deutschland selbst herrscht in allen Ecken und Enden Arbeitslosigkeit. Der Stillstand

auf dem Arbeitsmarkt drückt naturgemäss am ärgsten die Wirtschaftsgebiete, die nicht widerstandsfähig sind und nur durch Hunger und Entsagung totgeweihte Betriebe aufrecht zu erhalten versuchen. Wie steht es mit anderen Erwerbsmöglichkeiten an Ort und Stelle? Schon heute sucht man in einem Teil des Notbezirks, so im Eulengebirge, sich durch kräftigere Heranziehung des Fremdenverkehrs etwas zu helfen. Man hofft, dass das schöne Gebirgsland an der Grenze auf diese Weise zu einer neuen Erwerbsquelle gemacht werden kann, und man rechnet dabei auf die Hilfe der gesamten deutschen Bevölkerung. In der Tat könnte durch grosszügige Förderung des Fremdenverkehrs in einer ganzen Reihe deutsche Notstandsgebiete, die - Ironie des Schicksals - zugleich Gebiete der Naturwunder und grosser landwirtschaftlicher Reize sind, so im Bayerischen Wald, im Spessart und vor allem im niederschlesischen Hungergebiet viel zur Linderung der Not getan werden. Der Volksreiseverkehr kann sehr wohl auch etwas nach sozialen Gesichtspunkten orientiert werden. Es ist nicht nötig, dass das Geld des reiselustigen Publikums immer wieder in Bezirke und Orte getragen wird, wo man von wirklicher Not kaum sprechen kann. Alle, die es angeht, auch die Reichsbahn, könnten in dieser Hinsicht manches Gute tun. Bei dem neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung muss Schlesien ebenfalls besonders berücksichtigt werden. Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, dass gerade in Schlesien die Arbeitslosigkeit strukturelle Ursachen hat und infolgedessen besonders bedenklich und gefährlich ist. Eine kräftigere Berücksichtigung der schlesischen Wirtschaft durch die Arbeitsbeschaffung muss indirekt auch den Notstandsgebieten zugute kommen.

Das alles sind natürlich noch keine durchgreifende Hilfsaktionen. Wo strukturelle Veränderungen der Wirtschaft, wie gerade in Niederschlesien, die Arbeiterschaft entweder zur Dauerarbeitslosigkeit oder zu Hungerlöhnen für das ganze Leben verdammt, kann in der Erschliessung neuer Arbeitsmöglichkeiten für die bedrohten Arbeitskräfte nur im Bereich der grossen Politik Hilfe geschaffen werden. Wohin woll Deutschland mit seiner überschüssigen Arbeitskraft? Im vergangenen Jahrhundert hat die Auswanderung in den grossen Depressionsperioden ein Ventil geöffnet. Heute hat aber Amerika selbst mit der Arbeitslosigkeit zu kämpfen und Russland, das gewiss tüchtige deutsche Arbeitskräfte brauchen könnte, ist als Auswanderungsland nicht zu empfehlen. Ist die Welt in der Arbeitslosenfrage in eine Sackgasse geraten? Anscheinend ja. So schwer es fällt - wir müssen aus dieser Sackgasse heraus, sonst werden in einigen Jahren die Dinge in den Elendsgebieten wie Niederschlesien noch schlimmer sein als heute. Der Raubbau an den Arbeitskräften durch Hungerlöhne und Verwendung in Fabriken und Gruben, in denen nur der Tod eine reiche Ernte einheimst, wird noch grausigere Formen annehmen.

Das Massenopfer im Neuroder Bergrevier sollte daher über die selbstverständlichen Hilfsaktionen hinaus endlich einmal bei den massgebenden Stellen in Politik und Wirtschaft den Willen auslösen, nicht nur über die Weltarbeitslosigkeit zu reden, sondern durch eine internationale Verständigungsaktion auch etwas zur Lösung des Arbeitslosenproblems im Weltmasstab zu unternehmen.

SPD. Dresden, 10. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Nationalsozialisten haben von den Deutschnationalen die Präsentierung des früheren sächsischen Wirtschaftsministers Dr. Krug von Nidde zum Ministerpräsidenten gefordert. Als Innenminister wollen sie Herrn Gregor Strasser vorschlagen, der bereits mit Sehnsucht auf seine Wahl warten soll. Wen sie für das Amt des Arbeits- und Wohlfahrtsministers präsentieren werden, steht noch nicht fest. Früher war für dieses Amt einmal ein Geheimrat Dr. Hertzsch in Aussicht genommen. Seine Hauptfähigkeit bestand bisher darin, sich bei den verschiedensten Parteien anzubiedern. Jetzt ist er glücklich bei

den Rowdies um Hitler gelandet.

Die Hitlerianer lassen schon seit Tagen einen geradezu bewundernswerten "Drang zur Futterkrippe" erkennen. Dabei scheint es ziemlich sicher, dass ihre Kandidaten überhaupt nicht gewählt werden.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag mit der durch die Deckungsvorlagen der Regierung, die Anträge der Regierungsparteien über die Einschränkung der Darlehenspflicht des Reiches bei der Arbeitslosenversicherung sowie der Einführung der Kopfsteuer und der durch die Beschlüsse des sozialpolitischen Ausschusses geschaffenen Lage,

Es herrschte Übereinstimmung, dass alle diese Massnahmen, die die Lasten der Wirtschaftskrise fast ausschliesslich den unteren Volksschichten aufbürden, den schärfsten Widerstand der Sozialdemokratie herausfordern. Die vom sozialpolitischen Ausschuss vorgenommenen Verschlechterungen der Leistungen der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, sowie die Aufhebung der Darlehenspflicht des Reiches werden für die Stellung der Fraktion von entscheidender Bedeutung sein.

SPD. Neurode/Schl., 10. Juli (Eig. Drahtb.)

Den Rettungsmannschaften ist es am Donnerstag-Nachmittag gelungen, die Wettertüren zu der seit Mittwoch-Nachmittag eingeschlossenen 17. Abteilung zu öffnen und zunächst 8 Tote dieser Abteilung zu bergen. Da der Ausbruch noch immer gast und die Strecke weithin zu Bruch gegangen ist, gestalten sich die Arbeiten überaus schwierig. Die amtliche Totenliste ist nicht vor Freitag zu erwarten.

Am Donnerstag-Nachmittag wurden folgende Zahlen bekannt gegeben: 47 Kranke 75 auf Abteilung 17 eingeschlossen und wahrscheinlich tot, 80 Tote geborgen.

SPD. Ein Unterausschuss des Ältestenrats des Reichstags beschäftigte sich am Donnerstag mit einer Kürzung der Aufwandsentschädigung der Reichstagsabgeordneten. Grundsätzlich stimmte der Unterausschuss diesem Gedanken zu. Form und Höhe der Kürzung stehen noch nicht fest, insbesondere ist die Frage zu klären, ob die Kürzung der Reichstagsdiäten durch eine Änderung des Diätengesetzes oder durch Einbeziehung der Abgeordneten in die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes vorgenommen werden soll. Eine Entscheidung soll erst nach Stellungnahme der Fraktionen erfolgen, sobald sich das Schicksal der Reichshilfe übersehen lässt.

SPD. München, 10. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Münchener Polizei ist umfangreichen Fälschungen von Invaliden-Versicherungsmarken auf die Spur gekommen. Sie verhaftete die 34 Jahre alte Frau Margarete Brobst und ihren Geliebten, einen Kaufmann Raab, denen es in den letzten Wochen gelungen war zunächst bei Firmen auf dem Lande, danach aber auch bei Münchener Arbeitgebern gefälschte Invalidenmarken zu 200 Reichspfennigen zu verkaufen. Als Hersteller dieser Fälschungen wurde der in Wien lebende Kaufmann Hess ermittelt, der inzwischen von der Wiener Polizei ebenfalls festgenommen wurde. Bei Hess wurden 2 500 Bogen zu je 100 Marken, im ganzen also 250 000 Marken im Werte von einer halben Million Mark gefunden.

Hess gab vor der Polizei an, er habe es auf Anregung Raabs übernommen,

die Marken bei Wiener Firmen herstellen zu lassen, denen die deutschen Muster nicht bekannt gewesen seien. Um nicht Verdacht zu erregen, trat er bei den Firmen als Direktor einer Versicherungsgesellschaft auf und spiegelte den Klichee-Erzeugern und Buchdruckern vor, dass der Besteller eine Organisation von Kriegsinvaliden sei. Die Fälschungen sind sehr gut gelungen und für den Laien als Fälschung kaum erkennbar. Nach den bisherigen Feststellungen der Polizei haben die Verhafteten 8 000 Stück der gefälschten Marken an den Mann gebracht. Die Firmen liessen sich zum Kauf bewegen, weil ihnen die Marken um 20 Prozent billiger angeboten wurden.

SPD. Die kommunistische Reichstagsfraktion lässt keine Etatberatung vorübergehen, ohne gegen den beteiligten Minister ein Misstrauensvotum einzubringen. In dieser jedes Sinnes und Verstandes entbehrenden Weise zeigt sie ihren Mannesstolz vor Ministersesseln. Aber auch nur in dieser Weise. Wenn die kommunistischen Führer unbeobachtet sind, demütigen sie sich vor einem der von ihnen öffentlich so scharf bekämpften Minister in einer Form, die einem Menschen von Charakter die Schamröte ins Gesicht treibt.

Neuerdings werden Einzelheiten über die Verhandlungen bekannt, die die Kommunisten mit dem Justizminister Bredt über das Amnestiegesetz geführt haben; sie enthüllen eine bisher wohl von niemand für möglich gehaltene moralische Minderwertigkeit der Kommunisten. Der Kuhhandel wurde von ihnen in der Weise eingeleitet, dass ihr Führer, Herr Torgler, bei Herrn Bredt erschien und ihn fragte, ob er geneigt sein würde, zugunsten eines verurteilten Kommunisten einen Gnadenakt des Reichspräsidenten herbeizuführen; damit würde seiner Fraktion die Zustimmung zum Amnestiegesetz erleichtert werden. Herr Bredt antwortete, er wolle keinen Zweifel darüber lassen, dass er zur Befürwortung einer Begnadigung im Einzelfalle nur bereit sei, wenn Herr Torgler sie erbitte. Was tat der grundsatzfeste Revolutionär Torgler? Er sagt: Ich bitte Sie, Herr Minister den Mann begnadigen zu helfen, für den ich mich bei Ihnen verwendet habe. Herr Bredt wusste, was er den Kommunisten bieten durfte.

Herr Torgler hat durch seinen auf Diktat erfolgenden Kniefall und das ihm folgende Verhalten seine und seiner Fraktion völlige Ehrlosigkeit bewiesen.

SPD. Stockholm, 10. Juli (Eig. Drahtb.)

Im Mittelpunkt der Beratungen des Internationalen Gewerkschaftskongresses stand am Donnerstag die Abstimmung über die Wahl eines neuen Sitzes des IGB. Die Abstimmung, an der sämtliche stimmberechtigte Delegierte, d. h. 85, teilnahmen, ergab für Berlin eine Majorität von 25 Stimmen. Es stimmten 55 Delegierte für Berlin als neuen Sitz des IGB, während 30 sich für die Beibehaltung der Amsterdamer Zentrale aussprachen. -

Grassmann vom ADGB berichtete über die Haltung des Ausschusses zur Wahl eines neuen Sitzes für den IGB. Er betonte, man könne aus den bisherigen Ausschussberatungen ersehen, dass folgende Länder für die Wahl Berlins seien: Dänemark, England, Schweden, Österreich, Schweiz, Ungarn und Deutschland. Für die Beibehaltung Amsterdams seien Belgien, Frankreich, Holland, Spanien, Luxemburg und ein tschechoslowakischer Vertreter. Die Haltung der übrigen Delegationen sei nicht bekannt, da ihre Vertreter während der Ausschusssitzungen nicht anwesend waren. Es habe sich erwiesen, dass die Gruppen, die für die Wahl Berlins seien, hauptsächlich Zweckmässigkeitsgründe geltend machen, während die Gegenpartei daran erinnert habe, dass Amsterdam zu einem Schlagwort für die internationale Gewerkschaftsbewegung geworden sei und deshalb aus Prestigegründen eine Verlegung nicht empfohlen werden könne. Gegen den Vorschlag, den nächsten IGB-Kongress in London abzuhalten, habe sich ebenfalls eine Gegen-

strömung im Ausschuss bemerkbar gemacht, die die Wahl Brüssels verlange. Die belgischen Delegierten seien jedoch noch nicht in der Lage gewesen, ihre Stellungnahme dazu klarzulegen. Man wisse deshalb nicht, ob der belgischen Arbeiterbewegung die Wahl Brüssels als Konferenzort gelegen käme.

In der Aussprache erklärte de Vlaemynck-Brüssel, er habe nach Beratungen mit seinen belgischen Kollegen inzwischen festgestellt, dass die Kongressabhaltung in Brüssel durchaus willkommen sei. Falls sich also Schwierigkeiten für die Abhaltung des nächsten Kongresses in London ergeben, könne Brüssel als Alternative offen gehalten werden. Vlaemynck ging dann auf die Frage Berlin oder Amsterdam ein. Er sprach sich namens seiner Delegation entschieden für die Beibehaltung Amsterdams als Sitz für den IGB aus. Die Misstimmigkeiten, die seinezeit in Paris dazu Anlass gegeben hätten, den Sitz des Bundes verlegen zu wollen, seien inzwischen aus dem Wege geräumt. Es liege also kein Anlass vor, Amsterdam, das Tradition geworden sei und als solche Bedeutung habe, zu verlassen.

Für die Beibehaltung Amsterdams sprach gleichfalls der Vorsitzende Jouhau. Er erklärte, dass er die Abstimmung des Kongresses nicht beeinflussen wolle. Man müsse sich jedoch die Wahl gründlich überlegen. Auch Jouhau erinnerte an die traditionelle und gefühlsmässige Bedeutung, die Amsterdam erhalten habe. Er schloss mit den Worten: "Denkt nach, morgen kann es zu spät sein!"

Für die Wahl Berlins als künftigen Bundessitz sprach J. Beard-Grossbritannien. Beard erklärte namens seiner Delegation, dass man nicht beabsichtige, Berlin zu einer sogenannten grossen Frage zu machen. Nur Zweckmässigkeitsgründe hätten seine Delegation dazu bestimmt, Berlin vorzuschlagen und er bitte den Kongress, die Frage auch in diesem Sinne zu behandeln. - Im gleichen Sinne sprach Edward Johannson-Schweden. Er betonte, dass die Frage der Atmosphäre des permanenten Sitzes für den IGB ausserordentlich wichtig sei, und die Gründe, die die Befürworter Berlins im Ausschuss angeführt hätten, wie hauptsächlich die Tatsache, dass ein grosses Industrieland geeigneter sei, die Gewerkschaftsbewegung anzuspornen als ein kleines Land, nicht ausser Acht gelassen werden dürften. Man müsse sich ausserdem bewusst sein, dass wahrscheinlich Zweidrittel eventuell sogar Dreiviertel des Kongresses eine Verlegung des Bundessitzes wünschten.

Abschliessend ergriff Grassmann noch einmal das Wort. Er erklärte, dass er nicht als Berichterstatter spreche, obwohl er der Tagesordnung nach das Recht dazu habe. Er spreche nur als Deutscher. Die Furcht, die man anscheinend vor dem deutschen Geiste habe, sei nicht gerechtfertigt. Besonders sei es voll kommen unlogisch, wenn man einerseits, wie es der Fall sei, einen deutschen Generalsekretär wünsche, andererseits aber Hemmungen von Berlin als neuen Bundessitz erwarte. Es sei auch geltend gemacht worden, dass die politische Lage in Deutschland verschiedentlich Anlass zur Beunruhigung gegeben habe, so vor allem die Verhältnisse in Thüringen. Er könne den ausländischen Kameraden nur versichern, dass die deutsche Arbeiterbewegung während des Kapp-Putsches stark genug gewesen sei, die Soldateska innerhalb einer Woche zur Kapitulation zu zwingen, die deutsche Arbeiterbewegung traue sich das gleiche auch jetzt zu wenn sich je die Notwendigkeit wieder dazu bieten sollte. Grassmann wies dann auch auf das zahlenmässige Verhältnis des Für und Wider hin und erklärte, dass für die Beibehaltung Amsterdams insgesamt etwa 1 644 000 Gewerkschaftsmitglieder seien, während sich für Berlin, Deutschland nicht gerechnet, ca. fünf Millionen Gewerkschaftsstimmen ergeben würden. Die deutschen Stimmen betragen allein auch über fünf Millionen. Die Stellungnahme von etwas über einer Million Gewerkschaftsstimmen sei unbekannt. Das Ergebnis sei somit etwa 2½ Millionen höchstens für Amsterdam, während über zehn Millionen sich für Berlin entschliessen würden. Grassmann betonte, dass die deutsche Delegation entsprechend ihrer früheren Stellungnahme nur dann einen Beschluss, Berlin als Bundessitz zu wählen, annehmen könne, wenn sich eine genügende Majorität auch ohne die Stimmen der Deutschen ergeben würde. -

Nach der Wahl dankte Grassmann dem Kongress für das erwiesene Vertrauen. Er erklärte, dass man um die Wahl des neuen Bundessitzes gekämpft habe. Jetzt sei der Kampf vorbei und man solle sich die Hand reichen zu neuer Zusammenarbeit. Die deutsche Landesorganisation werde das ihre tun, um die Arbeiten des Bundes nach der Verlegung des Sitzes erfolgreich zu gestalten.

SPD. London, 10. Juli (Eig. Drahtb.)

Zahlreiche indische Partei- und Fraktionsführer, darunter Jayakar, der Vorsitzende der nationalistischen Partei, Jinnah, der Führer der Unabhängigen und Sethna, der Präsident der Liberalen haben zu der Erklärung des Vizekönigs von Indien eine Erwiderung veröffentlicht, in der zunächst noch einmal festgestellt wird, dass die Vorschläge der Simon-Kommission völlig unbefriedigend für alle indischen Parteien seien und deshalb die tiefste Enttäuschung in ganz Indien ausgelöst hätten. "Wir sind - so heisst es in der Kundgebung weiter - deshalb erleichtert durch die Rede des Vizekönigs, dass die Vorschläge der Simon-Kommission weder die Basis für die notwendigen und unvermeidlichen Reformen sind, noch das letzte Wort in dieser Angelegenheit. Sämtliche indischen Parteien sind für die Errichtung des Dominionstatus verpflichtet und keine Partei wird sich deshalb an die Beschlüsse der kommenden englisch-indischen Konferenz gebunden fühlen, wenn diese nicht die erwarteten Ergebnisse bringt. Nichts kann deshalb durch die Teilnahme an der englisch-indischen Konferenz verloren gehen. Keine Überzeugung der indischen Parteien braucht aufgegeben zu werden."

Die Erklärung bedeutet einen ersten grossen Erfolg, den die Kundgebung der Arbeiterregierung in Indien ausgelöst hat. Zwar fehlt unter der Entschliesung der indischen Parteiführer die Unterschrift der grössten indischen Partei, die der Swaris. Dass jedoch hervorragende indische Führer, wie Jayakar, Jinnah und Sethna und andere bereit sind, an der anglo-indischen Konferenz teilzunehmen, läuft auf eine beträchtliche Entspannung der Lage hinaus. Die Vorschläge der Simon-Kommission hatten in Indien derart abstossend gewirkt, dass es von den Unterzeichnern der neuen Erklärung energisch abgelehnt wurde, an der Londoner Konferenz teilzunehmen.

SPD. Vom 6. April bis 15. Juni wurden in Bombay 1 377 Personen wegen Gesetzesübertretungen verurteilt.

SPD. Als Beitrag zur ersten Hilfeleistung für die Opfer der Grubenkatastrophe bei Neurode hat der Reichspräsident dem Regierungspräsidenten in Breslau einen Betrag von 10 000 Mark überweisen lassen.

SPD. Frankfurt a.O., 10. Juli (Eig. Drber.

Das Schöffengericht Fürstenwalde verurteilte am Donnerstag 7 Nationalsozialisten, die vor einigen Wochen den Kommunisten Jopp in viehischer Weise hingerichtet haben. Die Hauptträdelsführer erhielten wegen schwerer Körperverletzung in Einigkeit mit Raufhandel je 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, die übrigen 5 Angeklagten wurden mit Strafen zwischen einem Jahr und einem halben Jahr Gefängnis belegt. Die Hauptträdelsführer wurden sofort in Haft genommen, da das Gericht sie in Anbetracht ihrer politischen Beziehungen für fluchtverdächtig hält.

Die Verteidigung der Nationalsozialisten erging sich im Verlauf des Prozesses in heftigen Ausfällen gegen die sozialdemokratische Presse. Der Vorsitzende wies demgegenüber darauf hin, dass die bei den Nationalsozialisten beliebte Art zur Austragung von Meinungsverschiedenheiten Deutschland in der ganzen Welt verächtlich machen müsse.

Der erstochene Kommunist, ein auch von der Polizei als friedliebender Mensch geschilderter Mann, hinterlässt eine Witwe mit fünf unmündigen Kindern.

SPD. Der Steuerausschuss des Reichstags hat am Donnerstag endlich die materielle Beratung der Deckungsvorlagen der Reichsregierung begonnen. Die Abänderungsanträge, die in den letzten Tagen zwischen Reichsregierung und Regierungsparteien besprochen bzw. vereinbart worden sind, lagen jedoch nicht vor. Wie die allgemeine Aussprache zeigte, bestehen die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien nach wie vor und ist bisher eine Verständigung mit den Deutschnationalen noch nicht zustande gekommen. Alles ist noch in Fluss, jede der Parteien, die soviel von Verantwortung reden, sucht sich nach Möglichkeit von der Verantwortung zu drücken.

Das veranlasste den Reichsfinanzminister Dietrich am Donnerstag zu einer scharfen Rede, in der er den Willen der Reichsregierung zu einer parlamentarischen Erledigung betonte, andererseits aber drohte, das Volk werde den Reichstag verantwortlich machen für das durch sein Versagen entstandene wirtschaftliche Chaos. Dieser Drohung Dietrichs begegnete der sozialdemokratische Abg. Keil mit dem Hinweis, dass die Regierung ja gar nicht den Versuch gemacht habe, mit der stärksten Regierungspartei eine parlamentarische Lösung zu erreichen. Sie habe im Gegenteil alles getan, um die Massen des Volkes von der Mitbestimmung über ihre ureigensten Angelegenheiten auszuschliessen und wolle sich stattdessen durch eine üble Trinkgeldpolitik an Grüppchen und durch Drohungen, die einem Verfassungsbruch und Staatsstreich ähneln, eine Mehrheit erkaufen.

Aus der sachlichen Debatte ist nur ein Vorgang von politischer Bedeutung. Um die Ernsthaftigkeit des Willens zur Sparsamkeit, der von allen Parteien betont wurde, zu prüfen, stellte die Sozialdemokratie den Antrag, sofort einen Unterausschuss einzusetzen, der bis Anfang nächster Woche ein Programm für sofort wirksame Ersparnisse im Reichshaushalt für das Jahr 1930 vorzulegen habe. Zur Begründung dieses Antrages wies Abg. Dr. Hilferding darauf hin, dass die von der Regierung verlangte Ermächtigung zu Ersparnissen in Höhe von 100 Millionen Mark mit Recht aus zwei Gründen bekämpft worden sei. Erstens werde der Reichstag dadurch von der Mitwirkung an diesen Ersparnissen ausgeschlossen und zweitens seien diese Ersparnisse nicht ausreichend. Man müsse deshalb den Versuch machen, in einem kleineren Gremium grössere genau bestimmte Ersparnisse festzustellen. Nachdem die Deutsche Volkspartei und das Zentrum sich gegen die Annahme des Antrags erklärt hatten, die Deutschnationalen sogar mitteilten, dass sie sich an den Beratungen eines solchen Ausschusses überhaupt nicht beteiligen würden, wurde die Einsetzung dieses Ausschusses mit Stimmgleichheit abgelehnt. Unter den Ablehnern befinden sich sowohl die Vertreter der Wirtschaftspartei als auch die der Deutschen Volkspartei, die draussen im Lande nicht kräftig genug über Verschwendungssucht schimpfen können. Wo es sich aber darum handelt, wirkliche Ersparnisse durchzusetzen, machen sie nicht mit!

SPD. Der Reichskanzler hat an den Betriebsrat Kurt-Schacht das folgende Telegramm gerichtet:

Die Nachricht von dem schweren Unheil, das über den Kurtschacht hereingebrochen ist, hat mich auf das tiefste erschüttert. Ich bin mit dem herzlichsten Gedanken bei den Opfern der Katastrophe und ihren Angehörigen und spreche dem Betriebsrat, zugleich im Namen der Reichsregierung, aufrichtige Teilnahme aus.

SPD, London, 10. Juli (Eig. Drahtber.)

Die von dem gesamten Lande mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgte Wahlschlacht in Nord-Norfolk hat mit dem Siege der Arbeiterpartei geendet. Frau Buxton zieht mit 179 Stimmen Mehrheit in das Unterhaus ein. Das durch die Entsendung von Noel Buxton ins Oberhaus freigewordene Mandat ist der Labour Party mit 14 821 Stimmen erhalten geblieben. 14 642 Wähler musterte der konservative Gegenkandidat Cook. Bei den vorjährigen Wahlen war das Endergebnis: Konservative 12 661 Stimmen, Liberale 3 403 Stimmen, Arbeiterpartei 14 544 Stimmen. Der Stimmenzuwachs der beiden Parteien erklärt sich aus dem diesmaligen Verzicht der Liberalen auf eine eigene Kandidatur. Es zeigt sich aber, dass die Liberalen zum grössten Teil für den konservativen Kandidaten eingetreten sind, was den Sieg der Arbeiterpartei nur noch erhöht.

Die politischen Folgen des Wahlausganges sind nicht zu unterschätzen. "Freihandel oder Schutzzoll" war die Parole, mit der die Parteien den Kampf geführt haben. Die Zeitungskönige Beaverbrook und Rothermere selbst weilten se vielen Tagen auf dem Kampfplatz und zogen von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt. Mit einem Propaganda-Apparat sondergleichen fochten sie gegen die den Freihandel vertretende Arbeiterpartei. Flugzeuge, Bankiermanifest und ein bisher kaum erlebter Zeitungsfeldzug für Lebensmittelzölle und für die Empire-Zollidee sollten den Sieg sichern. Es galt ihn nicht nur gegen die Arbeiterpartei, sondern auch gegen alle und nicht zuletzt gegen jene Konservative zu erringen, die bisher die Forderungen Beaverbrooks und Rothermeres abgelehnt hatten. So laut war das Geschrei der Presselords, so sicher fühlten sie den Sieg in der Tasche, dass Baldwin kurz vor der Wahl umfiel und reumütig vor seinen Gegnern in der eigenen Partei zu Kreuze kroch. Acht neue Finanzleute hatten sich noch am Tage vor der Wahl dem bekannten Bankiermanifest angeschlossen. Die 14 erste Unterzeichner bestätigten noch einmal ihre Unterschrift, alles zu dem Zwecke, die Liberalen einzufangen. Bei dem grössten Teil dieser bürgerlichen Norfolk-Freihändler ist es gelungen. Dennoch hat die Arbeiterpartei gesiegt und die Wirkung ihres Erfolges in der Frage Freihandel oder Schutzzoll dürfte nicht ausbleiben. Die Zöllner und die Konservativen haben eine grosse Niederlage erlitten.

SPD, Eisleben, 10. Juli (Eig. Drahtber.)

Die KPD hatte seit Beginn dieser Woche in ihrer Presse, in Versammlungen und Flugblättern für Donnerstag zu einer Demonstration nach Eisleben aufgerufen. Es war zu einer "Massenbeteiligung" aufgefordert worden. Wer bei der Demonstration fehlte, waren - die Massen. Grösser als am Donnerstag konnte die Pleite der KPD nicht werden. Aus dem ganzen Streikgebiet beteiligten sich 971 Männer, 173 Frauen und 52 Musiker an der Demonstration. Darunter sind mindestens 300 Erwerbslose, die niemals bei der Mansfeld A.G. beschäftigt waren, in Abzug zu bringen. Also noch keine 8 Prozent der Streikenden, sind dem "Massen-Appell der KPD" gefolgt.

SPD. London, 10. Juli (Eig. Drahtb.)

Die gesamte englische Presse kommentiert in langen Artikeln die Mittwochsitzung des Unterhauses, die das Land mit drei Stimmen Mehrheit vor einer Neuwahl bewahrt hat. Alle liberalen Blätter tadeln die unbesonnene Taktik ihres Führers Lloyd Georges. "Es muss anders werden", schreibt u.a. eine liberale Zeitung und sagt, dass der gegen die Regierung gerichtete Antrag des liberalen Führers nicht einmal der Fraktion vorgelegt worden sei. Zahlreiche liberale Abgeordnete erklären, sie hätten bestimmt mit der Regierung gestimmt und gegen Lloyd George, wenn sie vorher die Lage richtig erkannt hätten. Bei kommenden Gelegenheiten würden sie sich nicht einmal mehr der Stimme enthalten, sondern sofort für die Arbeiterregierung eintreten, deren Aufgabe noch nicht erfüllt sei. Die Konservativen freuen sich ausserordentlich über das Durcheinander im liberalen Lager.

Der "Daily Herald" sagt, Lloyd George habe in der Nachkriegszeit alle vorwärts strebenden Elemente enttäuscht, wenn er so fortfahre, werde er als das politische Chamäleon in die Geschichte einziehen.

SPD. Stockholm, 10. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Stockholmer Gewerkschaftskongress hat am Donnerstag zu Beginn der Sitzung den Opfern des grossen Grubenunglücks im Waldenburger Revier sein Beileid ausgesprochen. Die Delegierten erhoben sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen. Der Sekretär der Bergarbeiter-Internationale, der Belgier Delattre, dankte dem Kongress für den Ausdruck des Beileids.

SPD. Kairo, 10. Juli (Eig. Drahtb.)

In Aegypten kam es in der Nacht zum Donnerstag zu neuen Unruhen. 75 Demonstranten wurden verhaftet. 19 Polizeibeamte sind verletzt worden.

SPD. Im Vorstand der Deutsch-Demokratischen Partei, der sich am Donnerstag mit der politischen Lage befasste, wurden vor allem die von der Reichsregierung und den Regierungsparteien in Aussicht genommene Kopfsteuer übereinstimmend abgelehnt.

Der demokratische Finanzpolitiker Dr. Reinhold erklärte, dass die ursprünglichen Deckungsvorschläge durch das Entgegenkommen der Regierung an die Rechte in einer Weise verschlechtert worden seien, das der demokratischen Fraktion eine Zustimmung wahrscheinlich unmöglich machen werde. Der Preussische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff äusserte, dass die bisher mit Kopfsteuern gemachten Erfahrungen bewiesen hätten, dass die Verwaltungs- und Einziehungskosten in einem beträchtlichen Missverhältnis zu den Einnahmen ständen. Auch erscheine es verwunderlich, dass zu einer Zeit, in der allgemein der teure Finanzverwaltungsapparat beklagt werde, eine neue Steuer eingeführt werden solle, die die Verwaltung noch mehr kompliziere.

Der Vertreter der Demokratischen Partei im Steuerausschuss des Reichstags, Abg. Fischer, kennzeichnete die Lage der Fraktion wie folgt: "Die Fraktion lehnt ab die Regierungsvorlage zusammen mit der Bürgerabgabe; die Fraktion lehnt ab die Regierungsvorlage ohne die Bürgerabgabe. Die Fraktion ist unter Umständen bereit anzunehmen die Regierungsvorlage verbunden mit einer Schankverzehrsteuer und einer subsidiären Bürgerabgabe."

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD, Berlin, 10. Juli (Eig. Bericht)

In der Donnerstag-Sitzung des Reichstages widmete Präsident Löbe zunächst den Opfern des Bergwerksunglückes von Neurode eine herzliche Beileidskundgebung. Er ging davon aus, dass im Augenblick ein Urteil über die Ursachen der Katastrophe noch nicht möglich sei. Notwendig sei eine genaue Untersuchung und Hilfe für die Hinterbliebenen und die Verletzten. Das stark besetzte Haus hört Löbes Rede stehend an.

Ein Antrag Breitscheid-Wendemuth richtete das Ersuchen an die Reichsregierung, sofort mit ausreichenden Mitteln einzugreifen, um die Hinterbliebenen, die Angehörigen und die Verletzten in ihrer schweren materiellen Not zu unterstützen. Ein kommunistischer Antrag will, dass eine Million für diese Hilfsaktion bewilligt werde. Präsident Löbe machte den Vorschlag, die beiden Anträge, damit sie schnellstens erledigt werden könnten, sofort dem Haushaltsausschuss zu überweisen. Auf diese Art könne der Haushaltsausschuss schon am Freitag sei Entscheidung treffen. Die Kommunisten waren mit diesem vernünftigen Vorschlag leider nicht einverstanden. Sie wollten wieder einmal Reden zum Fenster hinaus halten. Das gab dem Zentrum Gelegenheit, zu erklären, dass auch seine Partei einen Antrag vorbereitet habe und verlange, dass dieser Zentrumsantrag auf die Tagesordnung der Freitag-Plenarsitzung gebracht werde. So war durch die kommunistische Lust am Debattieren glücklich erreicht, dass der Haushaltsausschuss am Freitag nicht in die Beratung eintreten kann, sondern am Freitag erst eine Plenardebatte einsetzen wird.

Das Haus beschäftigte sich dann mit zahlreichen Anträgen für die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten, die strafverfolgt werden. Darunter befindet sich ein Antrag des Generalstaatsanwaltes beim Landgericht I Berlin auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Maslowski wegen Religionsvergehen. Es handelt sich um den bekannten Vorfall in der Internationalen Freidenkerausstellung zu Berlin, wo das Bild von Georg Grosz (Christus mit der Gasmaske) und einige andere Werke dieses Künstlers religiöse Gefühle verletzt haben sollen. Die Sozialdemokratie konnte sich nicht entschliessen, dem Antrag auf Aufhebung der Immunität zuzustimmen. Die meisten ihrer Mitglieder enthielten sich der Stimme, andere blieben der Abstimmung überhaupt fern. Es wurde mit 151 Ja-Stimmen gegen 101 Nein-Stimmen beschlossen, die nachgesuchte Genehmigung zu erteilen mit der Massgabe, dass die Strafverfolgung mit Beginn der Sommerpause des Reichstages erfolgen darf. Der Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung des Abgeordneten Grafen von Westarp wegen Beleidigung sozialdemokratischer Minister in Preussen wurde vom ganzen Reichstage abgelehnt. Eine Beschwerde des kommunistischen Abgeordneten Ulbricht wegen der Androhung zur Zwangsvorführung zum Untersuchungsrichter des Reichsgerichtes wegen Hochverrats führte zur Annahme einer Entschliessung, die die Reichsregierung ersucht, beim Reichsgericht und den Strafverfolgungsbehörden der Länder dahinzuwirken, dass bei Vernehmungen usw. von Abgeordneten auf die parlamentarischen Arbeiten Rücksicht genommen wird. Auch der nationalsozialistische Abgeordnete Feder soll wegen Religionsvergehen, begangen durch die Presse, zur Verantwortung gezogen werden. Der Reichstag erteilte die Genehmigung auf Strafverfolgung nach Beginn der Sommerpause.

Es folgte die Schlussabstimmung über das Brotgesetz. Die Sozialdemokratie liess durch den Abgeordneten Simon-Franken eine Erklärung abgeben, dass sie gegen das ganze Brotgesetz stimmen werde, weil die bürgerlichen Parteien den Paragraphen 4 gestrichen haben, der vorschreiben sollte, dass das Gewicht auf dem Brot kenntlich gemacht werden soll. In der Erklärung wird nachgewiesen, dass sogar ein sehr starkes Sinken des Mehlpreises sich im Roggenpreis nicht ausgewirkt habe. Die Sozialdemokratie könne nicht an einen Abbau

der Preise und der Lebenshaltungskosten glauben, wenn bei dem wichtigsten Lebensmittel, dem Brot, die amtliche Preiskontrolle durch den Reichstag abgelehnt werde. Das Brotgesetz wurde mit 212 Ja-Stimmen gegen 198 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen. - Um 16 Uhr vertagte sich das Haus auf Freitag 15 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge zur Grubenkatastrophe von Neurode, mehrere Handelsverträge und das Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat,

SPD. London, 10. Juli (Eig. Drahtb.)

Das Unterhaus lehnte am Donnerstag mit 271 Stimmen der Arbeiterpartei und der Liberalen gegen 244 konservative Stimmen die vom Oberhaus geforderten grundlegenden Abänderungsanträge zum Bergbaugesetz wiederum ab. Damit hat sich das Unterhaus zum zweitenmal geweigert, sich dem Diktat der Lords zu fügen. Nach der Verfassung werden sie jetzt noch einmal ihre Ansicht zu bekunden haben. Bleiben sie bei ihren bisherigen Forderungen, so kann das Bergbaugesetz nicht in Kraft treten und vor Ablauf von zwei Jahren nicht wieder beraten werden. In diesem Falle wäre die Arbeiterregierung um eine der wichtigsten Früchte ihrer bisherigen Tätigkeit und die Bergarbeiterschaft um einen grossen Fortschritt gebracht.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat an den Betriebsrat der Gewerkschaft der konsolidierten Wenzeslausgrube, Moelke-Neurode folgendes Telegramm gerichtet:

"Die Nachricht von der entsetzlichen Grubenkatastrophe auf dem Kurtzschaf in Hausdorf, der so viele Ihrer Kameraden zum Opfer gefallen sind, hat mich aufs tiefste erschüttert. Ich spreche der gesamten Belegschaft das herzlichste Beileid aus und bitte Sie, vor allem auch die hartgeprüften Angehörigen Ihrer in treuer Erfüllung ihrer schweren Berufspflichten verunglückten Kameraden und die Verletzten meiner aufrichtigsten Anteilnahme zu versichern. Sie werden im Verein mit der Werksleitung, den zuständigen Behörden und den Gewerkschaften sicherlich alles daran setzen, die Not der Hinterbliebenen zu mildern,

SPD. Neumünster, 10. Juli (Eig. Drahtb.)

Der in Haft befindliche Nationalsozialist Kallsen hat, wie wir zuverlässig erfahren, gestanden, die vor wenigen Tagen auf den Kommunisten Thimm abgegebenen Schüsse losgefeuert zu haben. Eine amtliche Bestätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor.

SPD. Kairo, 10. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Lage in Aegypten ist ausserordentlich gespannt. Von zuverlässiger Seite verlautet, dass der Wafd die vom König eingesetzte Regierung inzwischen zum Rücktritt aufgefordert hat und für den 21. Juli die Ausrufung der ägyptischen Republik plant. Zahlreiche Offiziere haben sich bereits für den Wafd erklärt. Verhandlungen mit dem Offizierskorps sollen noch im Gange sein.

SPD. Köln, 10. Juli (Eig. Drahtb.)

In Brühl am Rhein stürzte am Donnerstagnachmittag der Neubau eines Kreisdeckerkes, der 10 Meter hoch war, ein. Zwei Arbeiter wurden verschüttet. Sie konnten nur schwer verletzt geborgen werden.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Die goldene Uhr beim Hakenkreuz,

SPD. Ganz einfach und offenherzig liest man im Goebbelschen "Angriff" mitten unter den Verlautbarungen des Herrn Goebbels den Anordnungen und Parteinachrichten die folgende niedliche Aufforderung:

"Goldene Uhr ist bei der Sonnenwendfeier in Pichelsdorf einem SA-Sanitäter bei der Hilfeleistung für einen Erkrankten abhanden gekommen. Er hatte die Uhr einem neben ihm Stehenden zum Halten gegeben, der sie an einen anderen weitergab, der dem Sanitäter leider nicht bekannt ist. Dieser wird gebeten, die Uhr auf der Gaugeschäftsstelle, Abteilung Kasse, abzugeben."

Es hatte einer beim Hakenkreuz eine goldene Uhr. Wem gehörte sie, dem Erkrankten oder dem Sanitäter? Das bleibt zunächst noch unklar. Aber Tatsache ist, der SA-Sanitäter hat sie weitergegeben. Warum wohl? Hatte er sie dem Erkrankten abgenommen, weil er seine SA-Leute kannte, die um ihn her standen? Hatte er Angst, sie könnte ihm selbst aus der Tasche rutschen oder unvermerkt verschwinden? Er kannte schon seine Leute, aber doch nicht genau genug. Damit die goldene Uhr keine Beine bekam, hat er sie einem anderen in die Hand gegeben. Aber der gab sie wieder in eine andere Hand, und wo ist sie nun? Einer hat vergessen, sie wieder herauszugeben. Die Herren von der SA, sind so auf Hitler eingestellt, dass sie ganz vergesslich werden, wenn in ihrer Tasche plötzlich eine goldene Uhr ist, die vorher nicht drin war!

Eine Gaugeschäftsstelle, Abteilung Kasse, wartet auf eine goldene Uhr. Man sieht die Türen des Kassenschanks erwartungsvoll offen stehen, aber sie werden wohl offen stehen bleiben. Die Uhr ist schon vorher kassiert worden, von einem, der richtig erkannt hat, dass Gold der Welt Feind ist und der deshalb den Feind in Gestalt einer goldenen Uhr durch private Requisition vernichtet hat.

Für gewöhnlich nennt man derartige Requisitionen bei Unglücksfällen Leichenfledderei. Aber es ist ferne von uns, einem wackeren SA-Mann zu unterstellen, dass er gefleddert hätte, er hat nur requiriert.

Braucht man sich bei solcher Liebe zum Eigentum anderer noch zu wundern, dass die nationalsozialistischen Terrorbanden am Rhein mit Vorliebe die Schaufenster von Ladenbesitzern einschlagen?

Das Geschäft mit der Befreiungsfeier.

Die Nationalsozialisten haben die Teilnahme an jeder Befreiungsfeier mit Entrüstung abgelehnt. Sie behaupten, dass das Rheinland nicht frei sei, womit sie insofern Recht haben, als es erst noch von ihren Rowdybanden befreit werden muss. Aber für drei Pfennige machen Nationalsozialisten alles, sogar eine Befreiungsfeier!

Die Studentenschaft der Handelshochschule Mannheim veranstaltet zu Ehren ihres scheidenden Rektors einen Fackelzug, der zugleich der Feier der Befreiung von Ludwigshafen galt. Der Allgemeine Studentenausschuss hatte die Vorarbeiten dafür dem zweiten Vorsitzenden übertragen. Der zweite Vorsitzende ist Nationalsozialist. Er hatte für die Beschaffung der Fackeln zu sorgen. Er holte Preisangebote ein und übergab dann die Lieferung der Fackeln der "Völkischen Buchhandlung" in Heidelberg, dem Warenvertrieb der Nationalsozialisten. Die Fackeln wurden geliefert; es stellten aber zwei Firmen Rechnungen aus: einmal die Völkische Buchhandlung in Heidelberg und dann die Firma Beissel-Heidelberg. Die Völkische Buchhandlung berechnete die Fackel mit 55 Pfg., die Firma Beissel mit 52 Pfg. Es stellte sich heraus, dass der Warenvertrieb der Nationalsozialisten

sten zwischen die liefernde Firma und die liefernde Firma und die Studentenschaft geschoben worden war, um ihm auf Kosten der Studenten einen Verdienst von drei Pfennigen pro Fackel zuzuschieben.

Der Rektor der Handelshochschule ist Jude. Der Fackelzug galt sowohl der Ehrung eines jüdischen Rektors als auch der Feier der Befreiung. Die Nationalsozialisten haben also das Arrangement für eine Veranstaltung zu Ehren des jüdischen Rektors und der Befreiung mit nationalsozialistischen Fackeln unter Gewinnbeteiligung des Warenvertriebs der Nationalsozialisten arrangiert! Und das Alles für einen Verdienst von 3 Pfg. pro Fackel. Genau 3 Pfennige - soviel ist das vorlaute Geschrei der Nationalsozialisten gegen die Befreiungsfeiern im Rheinland wert!

Sie hetzen zum Mord.

Die Ausweisung des Majors Pabst aus Deutschösterreich hat bei den Nationalsozialisten in Deutschland Sorgen um Herrn Hitler aus Braunau hervorgerufen. Herr Gottfried Feder behauptete in seiner "Deutschen Wochenschau", es bestehe der Plan, Hitler auszuweisen. Er hat aus diesem Anlass die folgende Drohung ergehen lassen:

"Wir werden diesen Plan parlamentarischer und unparlamentarischer Dunkel-männer schon zu begegnen wissen. Wir wollen aber die Herren Futterkrippeninhaber nicht im Unklaren darüber lassen, dass es Millionen von Menschen in Deutschland gibt, die sich diese ungeheuerliche Provokation grossdeutschen Empfindens sollte sie doch zur Tatsache werden, nicht gefallen lassen werden. Unsere genaue Kenntnis einer Reihe unserer aktiven Parteigenossen lässt uns die Herren Machthaber von heute auf das ernsteste warnen. Auch die beste Disziplin lässt es nicht vermeiden, dass die grenzenlose Liebe und Verehrung zu ihrem Führer... beste deutsche Menschen zu Taten verleiten könnten, die auch wir nicht billigen würden. Aber eine Grenze hatte von jeher Tyrannenmacht: Die NSDAP. ist ohne Führung nicht in der Lage, Taten, wie sie mehrfach auch in dem Nachkriegsdeutschland vorgekommen sind, zu verhindern."

Das ist eine unverhohlene Drohung mit nationalsozialistischen Bluttaten für den Fall, das Hitler ausgewiesen werden sollte. Zugleich ein wertvolles Geständnis, dass man in den Kreisen der nationalsozialistischen Gefahr mit Mord und Attentatsplänen umgeht. Herr Gottfried Feder, Mitglied des Reichstags, deutet an, dass er positive Kenntnis hat von der Absicht, republikanische Beamte zu killen. Man wird ihn sehr kräftig an seiner Verantwortung fassen müssen!

Von republikanischen Schulen.

In Lübeck fielen 25 uniformierte Nationalsozialisten über zwei Hamburger Arbeiter her. Die Angreifer wurden von der Polizei gefasst und zur Wache gebracht; drei von ihnen wurden als Führer der Schlägerkolonne festgestellt, der eine davon war der 16 Jahre alte Herr von Trappstein und Niendorf, Pennäler am Katharineum in Lübeck. So etwas treibt sich an den Schulen der Republik umher!

Die Schüler der Fürstenschule in Meissen, die bekannt ist durch ihren orthodoxevangelischen Charakter, veranstalteten einen Ausflug. Sie marschierten in Gruppenkolonnen mit Militärmusik, in steter Wiederholung unter den Klängen des schönen Liedes: "Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!" Das ist christliche Erziehung im Geiste der Völkerverständigung an einer republikanischen Staatsschule!

„Aus aller Welt“

Das letzte Rendezvous.

Die Rache eines verlassenen Studentenliebchens.

SPD. "In einer dunklen Seitenstrasse im "Lateinischen Viertel" in Paris wurde der Arzt Gaston Delpeze von drei Unbekannten überfallen und durch Messerstiche tödlich verletzt. Es handelt sich, wie verlautet, um einen Racheakt. Die Polizei hat die Nachforschungen eingeleitet."

Diese wenigen Zeilen aus dem Pariser Polizeibericht scheinen auf den ersten Blick nur von einem aus den Dutzenden Mordfällen zu sprechen, die sich all wöchentlich in Paris ereignen. Die Affäre des Arztes Delpeze gewinnt jedoch durch ihre Begleitumstände ein besonderes Interesse. Hier ist die alte Pariser Apächenromantik, die seit dem Krieg erstorben war und nur noch im Film ein Scheindasein fristete, noch einmal in der Wirklichkeit aufgelebt.

Der Ermordete stammte aus einer wohlhabenden Familie in der Provinz. Sein Vater war Weinhändler in der Nähe von Bordeaux und hatte es bis zum Stadtrat gebracht. Im Alter von 19 Jahren war Gaston nach Paris gekommen. Seinen medizinischen Studien lag er sehr gewissenhaft ob. Er hatte nur eine kleine Schwäche für das weibliche Geschlecht. In einem Kaffeehause des "Lateinischen Viertels" lernte er Mercedes kennen, eine rassige Spanierin, die jung und schön war und interessanter als alle anderen Mädchen, die man sonst in dieser Gegend trifft. Allerdings hatte sie eine etwas dunkle Vergangenheit: niemand wusste, woher sie kam, und wovon sie lebte. Bald waren die beiden jungen Leute unzertrennlich. Das ging ein paar Jahre so, bis Gaston Delpeze sein Examen machte und eine Stelle in der Nähe von Paris antrat. Mercedes war untröstlich. Immer seltener und seltener liess Gaston sich blicken. Die Familie Delpeze wollte nämlich den jungen Arzt mit der Tochter eines schwerreichen Industriellen verheiraten. Diese Tochter, Madeleine, stammte aus einer ganz anderen Welt als Mercedes. Sie war nicht so schön und so berückend, doch hatte sie allerlei gesellschaftliche Ambitionen: sie spielte Klavier und Tennis und liebte schöne Kleider. Mercedes machte sich nichts aus Luxus. Lange focht der junge Gaston in seinem Innern einen schweren Kampf aus. Endlich jedoch kam er zu einem Entschluss und schrieb an die sinnlos verliebte Spanierin, dass alles vorüber sei, dass er sie aufgeben müsse, trotzdem er sie liebe. Wenige Tage später verlobte er sich mit Madeleine.

Bis dahin ist die Geschichte durchaus alltäglich. In allen Universitätsstädten der Welt findet sie Tausende von Wiederholungen. Aber Mercedes war nicht geneigt, sich so einfach den Laufpass geben zu lassen. Sie verschwand auf einmal aus dem "Lateinischen Viertel". Vielleicht war sie wieder dort untergetaucht, woher sie stammte. Vielleicht auch traf man sie wohl in den Tanzkneipen der Pariser Unterwelt, den sogenannten "Bals Musette" oder in den Schänken irgend eines Vorortes. Fest steht jedenfalls, dass Mercedes ihren Gaston nicht vergessen, dass sie beschlossen hatte, sich an ihm zu rächen. Drei Männer, deren Namen man noch nicht kennt, waren bereit, das Werk der Vergeltung zu vollziehen. Welche Gegendienste die schöne Mercedes ihnen dafür leistete? Darüber schweigt die Polizeichronik.

Mercedes sandte einen Brief an den jungen Arzt und bat ihn um ein letztes Rendezvous. Gaston war arglos genug, zu kommen, Mercedes brach in Tränen aus und versuchte vergeblich, den ehemaligen Geliebten zur Rückkehr zu bewegen. Gaston Delpeze jedoch war fest entschlossen, seiner Verlobten die Treue zu bewahren. Erst spät am Abend kehrte Gaston Mercedes brüsk den Rücken und ging fort. Er kam nicht weiter als bis zu einem nahe gelegenen Mauervorsprung.

Als gegen Morgen eine Polizeipatrouille auf ihren Fahrrädern die Runde machte, stiess sie in der dunklen Strasse auf die Leiche eines jungen Mannes. Ein Messer steckte ihm im Rücken.....Apachenarbeit.....

Es dauerte nicht lange, bis dieses Verbrechen wenigstens teilweise aufgeklärt werden konnte, In den Taschen des Ermordeten fand man den Brief, der ihn zum letzten Rendezvous bestellt hatte, Am nächsten Tage wurde die schöne Mercedes verhaftet und gestand nach anfänglichem Leugnen die Anstiftung zum Morde ein. Die drei Helfershelfer, deren Namen zu nennen sich die Spanierin standhaft weigert, werden von der Polizei noch gesucht. Das Liebesdrama wird in der Schwurgerichtschonik des kommenden Winters ein besonders sensationelles Kapitel bilden.

+ + +

Grossfeuer in Berlin. Am Donnerstag nachmittag brach auf einem Grundstück im Südosten Berlins ein Brand aus, der die Alarmierung sämtlicher Feuerwehrzüge der Hauptwache notwendig machte. Beim Eintreffen der Wehren war schon die Hälfte des Dachstuhls niedergebrannt. Das Feuer griff bereits auf das darunter liegende Stockwerk über. Bei den Löscharbeiten erlitten drei Feuerwehrleute lebensgefährliche Verletzungen. Der Brand wurde dadurch besonders gefährlich, dass sich hinter dem Hause eine Autotankstelle befand. Erst nach eineinhalbstündiger Tätigkeit der Feuerwehr konnte der Brand auf seinen Herd beschränkt werden. Es besteht die Vermutung, dass Brandstiftung vorliegt.

Ein zweiter Dachstuhlbrand brach in einem grossen Neubaublock in dem Vorort Pankow aus, wo eine Reihe neuer dreistöckiger Häuser nahezu vollendet ist. Trotz der Bekämpfung des Feuers durch drei Löschzüge wurde die Dachkonstruktion zweier Häuser in einer Ausdehnung von etwa 400 Quadratmetern fast vollständig zerstört.

+ + +

Tödliches Motorradunglück bei Potsdam. In der Nacht zum Donnerstag stiess auf der Geltower Chaussee bei Potsdam der Kaufmann Freudenberg, der sich mit seiner Gattin auf der Heimfahrt von Dahlem nach Brandenburg/Havel befand, mit einem Motorrad zusammen, das von dem Polizeianwärter Kurt Dörre aus Potsdam gesteuert wurde. Infolge der Schnelligkeit, in der sich beide Fahrzeuge befanden, bohrte sich das Motorrad mit voller Kraft in das Auto hinein. Dörre und seine beiden Begleiterinnen wurden zwischen den Eisenteilen festgeklemmt. Dörre und eine Begleiterin hatten komplizierte Schädelbrüche erlitten und waren auf der Stelle tot. Die andere Begleiterin und der Kaufmann Freudenberg mit seiner Gattin wurden ins Krankenhaus nach Potsdam gebracht. Wie aus Zeugenaussagen hervorgeht, ist Freudenberg unvorschriftsmässig auf der linken Strassenseite gefahren. Bei seiner Vernehmung erklärte er, dass er von dem Scheinwerfer des Motorrades geblendet worden sei und deshalb sein Steuer nach links herumgerissen habe. Einstweilen wurde Freudenberg in Haft genommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

+ + +

Eifersuchtstat eines Studenten. Ein 19-jähriger deutscher Student verübte im Haag ein Eifersuchtsattentat, das glücklicherweise verhältnismässig glimpflich ablief. Die Gattin eines indischen Beamten, der vier Jahre hindurch in Niederländisch-Indien gewesen war und seine Frau im Haag zurückgelassen hatte, knüpfte im vergangenen Jahre anlässlich einer Reise nach Deutschland Beziehungen zu dem Studenten an. Der junge Mann war der Frau kürzlich nach dem Haag nachgereist und musste zu seiner grössten Empörung die plötzliche Rückkehr des Gatten der Frau wahrnehmen. Er versteckte sich in der Wohnung des Beamten in einem Schrank und brach während eines Gesprächs der beiden Eheleute hervor, um den Mann niederzuschliessen. Der Beamte wurde jedoch nur leicht verletzt und schlug den Angreifer mit der Faust zu Boden. Während die Frau entflohen, rief der Gatte die Polizei und liess den Attentäter verhaften.



Arbeit durch Radio!

SPD. Die Feinde der Arbeitslosenversicherung möchten nicht nur die Unterstützung abbauen - auch die Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter ist ihnen ein Dorn im Auge. Diese Arbeitsvermittlung - so erklären sie - sei ebenfalls nur Verschwendung, denn niemand benutze die Arbeitsnachweise der Arbeitsämter. Wer eine Stelle suche, gehe nicht zum Arbeitsamt, sondern benutze andere Wege, vor allem den Weg der persönlichen Vermittlung und Empfehlung oder den der Zeitung. Der Arbeitsvermittlungsapparat der Arbeitsämter laufe leer. Seine Kosten lohnten sich nicht und daher solle man diesen Apparat nicht aus- sondern abbauen.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter würde ganz anders klappen, wenn nicht künstlich gegen die Benutzung der öffentlichen Arbeitsnachweise Stimmung gemacht würde. Der öffentliche Arbeitsnachweis wird durch einen sehr grossen Teil der Arbeitgeber sabotiert und ein gut Teil der Arbeitnehmer, vor allem der Stehkragenproletarier, geht nicht gern zum öffentlichen Arbeitsnachweis, weil er meint, dass diesem so etwas wie Armleutegeruch anhafte. Die allgemeine Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung muss aber schon aus Gründen der Kontrolle der Versicherung mit allen Mitteln gefördert werden. Ein sehr wirkungsvolles Mittel wäre die Heranziehung des Radios zur Arbeitsvermittlung. Schon seit einiger Zeit gibt das Arbeitsamt Berlin-Mitte offene Stellen durch das Radio bekannt. Das Beispiel dieses Berliner Arbeitsamtes sollte in ganz Deutschland Nachahmung finden. Der Reichspostminister und der Reichsarbeitsminister sollten sich bemühen, mit Hilfe des Radios die Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter zu verbessern. Alle deutschen Sender müssen die Möglichkeit haben, jeden Abend ein paar Minuten dazu zu verwenden, um freie Stellen den Arbeitssuchenden mitzuteilen. Das kostet kein Geld, da die Arbeitsämter die Vermittlungsmeldungen kostenlos zur Verfügung stellen, und das Unterhaltungsprogramm wird durch die Bekanntgabe der offenen Stellen in keiner Weise beeinträchtigt. Aber selbst wenn das bis zu einem gewissen Grade der Fall wäre - was ist wichtiger: die Beschaffung von Arbeit und Brot oder Unterhaltung? Es gibt zurzeit für Deutschland keine wichtigere Frage als die der Arbeitsbeschaffung. Die Heranziehung des Radios zur Förderung dieser Arbeitsbeschaffung muss daher selbstverständlich sein.

Man darf erwarten, dass der Reichspost- und der Reichsarbeitsminister schon in Kürze die entsprechenden Massnahmen treffen werden, damit das Radio so schnell wie möglich in den Dienst der öffentlichen Arbeitsvermittlung gestellt werden kann.

SPD. Das grosse Heer der Arbeitslosen rekrutiert sich vor allem aus den Ungelernten, den Metall- und den Bauarbeitern. In der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung stecken 350 000 ungelernete Arbeiter, 250 000 Metallarbeiter, 150 000 Bauarbeiter und 115 000 Angestellte. Die Krisenfürsorge, die zusammen rund 364 000 Unterstützungsempfänger umfasst, betreut 120 000 Metallarbeiter, 50 000 Angestellte, 40 000 Arbeitskräfte des Holz- und Schnitzstoffgewerbes und 35 000 ungelernete Arbeitskräfte.

SPD. Der Streik im belgischen Grunebrevier Borinage dauert noch immer an. Schuld daran sind die Grubenbesitzer. Sie haben die Arbeiter, die sich am Demonstrationsstreik beteiligten, auf Kontraktbruch verklagt. Allem Anschein nach wollen sie die Arbeiter absichtlich in einen grossen Streik treiben, um auf diese Weise die Haldenbestände bequem allmählich abbauen zu können.

Der Bergarbeiterverband hat in dem Konflikt einen schweren Stand. Er forderte die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Sein Ziel ist, mit den Unternehmern zu einem gütlichen Einvernehmen zu kommen oder die Vermittlung der Schlichtungsbehörden anzurufen.

SPD. Die Geschäftsstellvertreter des Bergbauindustriearbeiterverbandes haben am Donnerstag in Bochum zur Lage des Ruhrbergbaus Stellung genommen. Die wirtschaftliche und soziale Situation ist, wie sich aus der Aussprache ergab, für die Bergarbeiter aussergewöhnlich ungünstig. Seit Januar bis Mai dieses Jahres wurden rund 37 000 Bergarbeiter entlassen. Ausserdem wurden seit Jahresanfang bis Ende Juni 4,8 Millionen Feierschichten eingelegt. Der dadurch entstandene Lohnausfall beträgt für die Arbeiter bis jetzt bereits 63,2 Millionen Reichsmark. Eine Wendung zum Besseren ist bis heute nur in geringem Masse vorhanden. Trotz der Krise, die unter der Bergarbeiterschaft eine grosse Notlage verursacht hat, ist der Fördereffekt pro Mann und Schicht in der Untertage-Arbeit von 1 585 Kilo im Januar auf 1 619 Kilo gestiegen.

Die Vertreter der verschiedenen Bezirke betonten übereinstimmend, dass die Erregung unter den Bergarbeitern ungeheuer gross sei. Insbesondere hätten die Meldungen verschiedener Tageszeitungen über einen Lohnabbau im Ruhrbergbau Empörung wachgerufen. Eine Lohnsenkung im Bergbau werde zu den grössten sozialen Unruhen führen.

Die Futschtaktik der revolutionären Gewerkschaftsopposition unter Führung der Kommunistischen Partei werde von den Versammelten entschieden abgelehnt. Man war sich einig, dass die Bergarbeiter, wenn sie zu Notwehr gezwungen würden, nur von den Bergarbeiter-Organisationen und nicht von einer politischen Partei geführt sein wollen.

SPD. Die Bergarbeiterschaft im Brüxer Kohlenrevier (Nordböhmen) ist wegen der von der Brüxer Kohlenbergbaugesellschaft beschlossenen Massenkündigung in grosser Erregung. Die Kündigung wurde zwar bis zum 17. Juli verschoben, aber damit ist der Arbeiterschaft nicht viel geholfen, da sie bei der jetzigen Wirtschaftskrise nicht Arbeit findet und auf die staatliche Arbeitslosenunterstützung angewiesen sein wird. Ausser der Arbeiterschaft protestieren auch die Kaufleute und Gewerbetreibenden des Reviers gegen die sie schädigende Kündigung.

SPD. Die graphischen Arbeiter Siebenbürgens, des Banats und der Bukowina haben die Arbeit eingestellt, da die Arbeitgeber eine Lohnreduzierung um 15% fordern, während die Arbeiter Lohnerhöhung verlangen. Die Zeitungen erscheinen nur in Notausgaben.

In der Bukowina ist nach 4 Tage Streik eine Einigung erzielt worden.



Ausverkauf der Elektrowirtschaft.

Mit Hilfe der deutschen Grossbanken.

SPD. Die begonnene Privatisierung und gleichzeitige Amerikanisierung der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (V.E.W.), des grössten deutschen rein kommunalen Elektrizitätskonzerns mit Vermögenswerten von weit über 300 Millionen Mark, hat wie ein Alarmschuss gewirkt. Das amerikanische Bankhaus Harres Forbes & Co. gibt nicht nur den Kredit von 66 Millionen, den scheinbar die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft gewährt, sondern wird auch die 60 Millionen jungen V.E.W.-Aktien übernehmen, d.h. 50 Prozent des gesamten Aktienkapitals. Die Privatisierung erfolgt nicht für deutsche, sondern für amerikanische Rechnung, nämlich der Public Utilities Holding of America, die Harres Forbes gehört. Herr Dr. Kehl von der D.D.-Bank ist der willfährige, für die deutsche DD.-Bank nur Zwischengewinne besorgende Gehilfe des amerikanischen Finanz- und Elektrokapitals, dessen Ziel die elektrofinanzielle Durchdringung und Beherrschung Deutschlands ist.

Die amerikanischen und deutschen Grossbanken beteiligen sich mit besonderer Energie an dem Geschäft, weil die Bankenverluste durch die amerikanische und die deutsche Wirtschaftskrise aus den Vermittlungsspesen und Kursgewinnen beim An- und Verkauf deutscher Elektroaktien zum grossen Teil gutgemacht werden können. Die DD.-Bank übernimmt nämlich die V.E.W.-Aktien zum Kurs von 110%. Eine garantierte Dividende von $6\frac{1}{2}\%$ ist bei den amerikanischen Zinsverhältnissen gut und gern einen Kurs von 150 - 160 % wert. Dazu kommt die Chance der zukünftigen monopolistischen Ausbeutung kommunaler und industrieller Stromkäufer bei sprunghaft wachsendem Energiebedarf.

Man beginnt in Deutschland einzusehen, dass der Fall V.E.W. ungeheure grundsätzliche und volkswirtschaftliche Bedeutung hat, dass der Elektroausverkauf Deutschlands Geschäftsziel grosser internationaler Bankenoperationen geworden ist und dass Deutschland sich auf dem Wege befindet, eine der wichtigsten Konkurrenzbedingungen im Weltmarktkampf, die Preisbildung für die elektrische Energie, in die Hand seines entwicklungskräftigsten Weltmarktkonkurrenten zu legen, der dazu noch der Hauptkapitallieferant Deutschlands ist.

Diese Situation zwingt zur grössten Aufmerksamkeit gegenüber allen Vorgängen und Organisationen, die in der gleichen Richtung liegen. Harres Forbes & Co. steht mit seiner Public Utilities Holding Co. als Ausseugeapparat und der Gehilfenschaft der Deutschen Bank und Discontogesellschaft nicht allein. Gerade in den allerletzten Tagen wurde die Bildung eines neuen amerikanischen Aufsaugeapparates offenbar und zwar jetzt für Mitteldeutschland. Diesmal ist es das grösste Bankhaus Amerikas und der Welt, die Chase National Bank, die mit ihren Tochtergesellschaften, der Chase Securities Co und der Utilities Power Light (Kraft und Licht) Co. einem der grössten amerikanischen Kraftwerkkonzerne, nach Deutschland herübergreift. Deutsche Gehilfen sind wieder die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft und ausserdem die Allgemeine Deutsche Creditanstalt (Adca) Leipzig, die grösste sächsische Bank. Erworben werden sollen die Thüringer-Gasgesellschaft in Leipzig, neben der Dessauer Gasgesellschaft die grösste private Gas- und Kraftgesellschaft Mitteldeutschlands, mit starken öffentlichen Elektrointeressen besonders um Leipzig herum,

und andere Elektrowerke in Sachsen. Das Anfangskapital der von der Chase National Bank sowie der DD-Bank und der Adca für Mitteldeutschland zu gründenden Holdinggesellschaft soll 15 Millionen Dollar betragen.

Dieses Projekt ist sehr ernst zu nehmen. Sachsen ist das wichtigste Verarbeitungs-zentrum Deutschlands mit stärkstem wachsenden Strombedarf. Den sächsischen Gemeinden geht es finanziell durch die sächsische Rekordarbeitslosigkeit besonders schlecht. Die private Thüringer Gasgesellschaft, bedrängt durch die Konkurrenz der Dessauer Gasgesellschaft, hat zusammen mit der an ihr beteiligten Adca (die 1929 keine Dividende verteilen konnte) nur den Wunsch die Thüringer Gas möglichst teuer an die Amerikaner zu verkaufen. Durch die zahlreichen öffentlichen Beteiligungen öffnet die Thüringer Gasgesellschaft dem amerikanischen Kapital den Weg in die sächsische und mitteldeutsche Elektrowirtschaft. Da diese Kapital braucht, und die Städte und Gemeinden in ihrer Finanznot jeden Anleihevorteil dankbar begrüßen (man denke an die verschärfte Richtlinien der Beratungsstelle), sind dieselben Kravattenverträge denkbar wie bei den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen. Die Thüringer Gasgesellschaft fühlt sich heute schon vollständig als Beauftragter der Amerikaner. Wir wissen absolut zuverlässig, dass Vorstandsmitglieder der Thüringer Gasgesellschaft zusammen mit dem amerikanischen Beauftragten Styckgold neuerdings auch die Westfälischen bezw. Hannoverschen Städte Hameln, Lüneburg, Ülpen und Celle heimsuchten, um sie durch Kreditangebote für den Verkauf ihrer Elektrointeressen und Kraftwerke reif zu machen. Die elektropolitische Ausverkaufsgefahr inin Sachsen und Mitteldeutschland ist also in hohem Masse akut.

Der Ernst der Gefahr wird durch folgende Tatsachen noch unterstrichen, die nicht mehr als Einzelfälle, sondern als Glieder eines Systems zu werten sind: die amerikanische International Superpower Co. ist heute schon interessiert an den Hamburger Elektrizitätswerken und dem R.W.E., die kanadisch-schweizerische European Electric Co. an dem Lech-Elektrizitätswerken, der Thüringer Elektrizitätslieferungs-Gesellschaft, bei Lahmeyer und am Kraftwerk Rheinfelden, die belgisch-amerikanische Sofina an der Gesfürel (damit an E.W.Schlesien und der Südwest A.G.-Berlin) sowie an den Neckarwerken, der Züricher Elektrobank an den Kraftwerken Altwürttemberg und Laufenburg, sowie an der Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft. Mit allen diesen Gesellschaften zum Elektroausverkauf Deutschlands zusammenzuarbeiten, sind die deutschen Grossbanken ebenso bereit wie in den Fällen Westfalen, Mitteldeutschland und Sachsen.

SPD. Die Reichshilfe der Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften und der öffentlichen Unternehmungen hat in ihrer ursprünglichen Gestalt in der Öffentlichkeit eine so heftige Kritik erfahren, dass der Reichsfinanzminister Dietrich sich gezwungen sah, die Gesetzesvorlage in einer ganzen Reihe von Punkten abzuändern. Aber auch in seiner jetzigen Form enthält der Gesetzentwurf unbillige Härten, die unbedingt beseitigt werden müssen. Von diesen Härten werden sowohl die Beamten als auch die Behördenangestellten betroffen.

Eine unmögliche Lösung hat z.B. die Frage gefunden, bis zu welchem Betrage die kleinsten Beamten-einkommen von der Reichshilfe befreit sein sollen. Die jetzige Vorlage sieht eine Freigrenze von 2000 Mark jährlich vor. Danach bleiben die untersten Beamten mit einem Monatseinkommen bis zu etwa 167 Mark von der Reichshilfe frei. Verdient dagegen ein solcher Beamter 170 Mark monatlich, so muss er sofort 4,25 Mark oder 51 Mark jährlich an Reichshilfe entrichten, obgleich sein Jahreseinkommen nur um 40 Mark die Freigrenze überschreitet. Dieser Misstand kann nur beseitigt werden, wenn neben der Freigrenze ein Freibetrag, ähnlich wie bei der Lohnsteuer, in das Gesetz aufgenommen wird, der bei allen unteren und mittleren Einkommen ausser Ansatz zu lassen ist.

Der Hauptvorwurf, den man gegen die jetzige Konstruktion der Reichshilfe erheben muss, richtet sich gegen das Fehlen jeglicher Staffelung des Abgabensatzes. Dadurch, dass von allen Einkommen gleichmässig 2½% erhoben werden sollen, wird das Unrecht der letzten Besoldungserhöhung verschärft. Wie unsozial ein solches prozentuales Notopfer wirkt, ersieht man am besten, wenn man die Belastung durch die Reichshilfe der bisherigen Belastung durch die Lohnsteuer, bzw. Einkommensteuer gegenüberstellt.

So zahlt ein lediger Beamter mit einem Einkommen von 170 Mark monatlich z.B. jetzt eine Lohnsteuer von 5,25 RM. Seine Reichshilfe beträgt 4,25 RM und kommt daher einem Zuschlag von 80 Prozent zu seiner Lohnsteuer gleich. Ein lediger Beamter mit 600 Mark Monatseinkommen zahlt gegenwärtig 47 Mark Lohnsteuer. Seine Reichshilfe würde aber nur 15 Mark monatlich betragen. Bei diesen Beamten ergibt sich also nur ein Zuschlag von etwa 30 Prozent zur Lohnsteuer. Bei einem hohen Beamten schliesslich mit einem Monatseinkommen von 2000 Mark ist eine Lohn- und Einkommensteuer von 283 Mark, aber eine Reichshilfe von nur 50 Mark zu entrichten. Hier macht also die Reichshilfe sogar nur 17 Prozent der Lohn- und Einkommensteuer aus. Je höher also das Einkommen, umso geringer der Zuschlag zur Einkommensteuer; das ist eine Regelung, wie sie unsozialer nicht gedacht werden kann. Deshalb muss mit allem Nachdruck verlangt werden, dass anstelle des gleichmässigen prozentualen Satzes von 2½ Prozent eine gestaffelte Abgabe gesetzt wird, wie sie auch in den Richtlinien der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gefordert wird.

Am härtesten werden die kinderreichen Beamten von der Reichshilfe betroffen. Es ist zwar vorgesehen, dass für jedes Kind 20 Mark monatlich vom Gehalt freibleiben soll. Das genügt aber bei weitem nicht, um eine wesentliche Verschärfung der Abgabe für die Kinderreichen zu verhindern. So zahlt z.B. ein Beamter mit vier Kindern und einem Monatseinkommen von 300 Mark eine Lohnsteuer von 4,50 Mark monatlich. Seine Reichshilfe würde dagegen 5,50 Mark monatlich betragen, sodass er einem Zuschlag von 120 Prozent zur Lohnsteuer unterliegen würde. Alle diese Härten könnten am besten ausgeräumt werden, wenn man die Reichshilfe in Form eines Zuschlags zur Lohn- und Einkommensteuer erheben würde, wie es der Allgemeine Deutsche Beamtenbund bereits vorgeschlagen hat.

Ähnliche unbillige Härten finden sich bei den Behörden-Angestellten. Die Heranziehung dieser Angestellten zur Reichshilfe soll ganz schematisch davon abhängig sein, ob ein Angestellter ein Jahr lang dauernd in Beschäftigung gestanden hat. Ist das der Fall, dann muss er zahlen und wenn er ein paar Monate später auf die Strasse gesetzt wird, hat er keinerlei Anspruch auf Rückzahlung der Reichshilfe. Bei dieser Regelung wird vollkommen übersehen, dass sich nicht alle Behördenangestellten gleichmässig in gesicherter Stellung befinden, sondern dass es neben den Dauerangestellten in den öffentlichen Verwaltungen eine grosse Zahl von Zeitangestellten gibt, die jederzeit wieder auf die Strasse gesetzt werden können. Es geht einfach nicht an, diese Angestellten, die in ähnlich unsicherer Lage sind wie in der Privatwirtschaft den unklügelbaren Beamten gleichzustellen.

Ein besonderer Misstand liegt bei der Heranziehung der Beamten und Angestellten der öffentlichen Unternehmungen vor. Der Gesetzentwurf bestimmt, dass diese Beamten und Angestellten zur Reichshilfe nur herangezogen werden sollen, wenn die öffentliche Hand mit mehr als 50 Prozent an dem Kapital des Unternehmens beteiligt ist. Beträgt die Kapitalbeteiligung also nur 50 Prozent, so gehen die Beamten und Angestellten eines solchen Unternehmens frei aus. Dabei wird keinerlei Rücksicht darauf genommen, ob nicht vielleicht der Einfluss der öffentlichen Hand auf das betreffende Unternehmen durch den Besitz von Vorzugsaktien ebenso gross ist, als wenn die Kapitalbeteiligung mehr als 50 Prozent betragen würde.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich mit Recht dafür entschieden, dass neben einem allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer auf die höheren Einkommen auch diejenigen Volksschichten herangezogen werden müssen,

die der Gefahr der Erwerbslosigkeit ausgesetzt sind. Es lässt sich nicht bestreiten, dass die Beamten und die tatsächlich in gesicherten Stellungen befindlichen Angestellten der öffentlichen Hand gegenüber den Arbeitern und Angestellten der Privatwirtschaft eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Vorteilen geniessen, die ihre besondere Heranziehung zur Behebung der Finanznot der öffentlichen Körperschaften rechtfertigen. Aber diese Heranziehung darf nicht in einer Form erfolgen, die die primitivsten sozialen Erwägungen ausser Acht lässt, sondern muss den Gesichtspunkten der Belastung nach der tatsächlichen Leistungsfähigkeit Rechnung tragen.

SPD. Die Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks A.G., das Finanzierungsinstitut für die industriellen Unternehmungen des preussischen Staates, erzielte für das Jahr 1930 einen Reingewinn von 17,231 Millionen Mark.

Die Gesellschaft wurde im März 1929 von der preussischen Regierung ins Leben gerufen, um den Kapitalhunger der preussischen Staatsunternehmen durch eine einheitliche Finanzierungspolitik befriedigen zu können. So wurden die Aktien der Preag (Preussische Elektrizitäts A.G.), der Preussag (Preussische Bergwerks- und Hütten A.G.), sowie der gleichfalls staatlichen Bergwerksunternehmen Hibernia und Recklinghausen in die Gesellschaft eingebracht, deren Kapital auf 180 Millionen festgesetzt wurde. Die Aufgabe der Gesellschaft ist ausschliesslich, Anleihen und Kredite aufzunehmen und mit dem Erlös den Kapitalbedarf der genannten staatlichen Unternehmen zu decken.

Das zweite Betriebsjahr, das wegen Verlegung des Geschäftsgangs auf den Zeitraum vom 1. Juli bis 30. Juni nur die ersten sechs Monate dieses Jahres umfasst, schliesst mit einem Betriebsgewinn aus den Beteiligungen in Höhe von 17,23 Millionen ab. Für Zinsen wurden 2,2 Millionen beansprucht, so dass sich ein Reingewinn von 15 Millionen ergibt. Der verschwindend geringe Unkostenersatz von 59 778 Mark erklärt sich daraus, dass die Gesellschaft keinen eigenen Verwaltungsapparat aufgezogen hat; die Arbeiten werden von der Preussischen Staatsbank mit erledigt. Aus dem Reingewinn wird eine Dividende von 6% gezahlt die jedoch nur 5,4 Millionen beansprucht. Nach Überweisung von 760 000 Mark an die gesetzliche Reserve werden zur Sicherung einer stabilen Dividendenpolitik 8,8 Millionen in eine Sonderrücklage gestellt.

Von den in der Bilanz aufgeführten 104,8 Millionen Verpflichtungen entfallen rund 70 Millionen auf ausländische Kredite. Die Guthaben belaufen sich bei Banken auf 27,9 und bei den Tochtergesellschaften auf 32,7 Millionen. Der Wert der Beteiligungen ist (sehr vorsichtig!) mit 245,6 Millionen eingesetzt; das Vermögen der Beteiligungsunternehmen beläuft sich dagegen auf rund 500 Millionen.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-
eier, vollfrische, gestempelte, über 65 Gramm 13, 60 gr $11\frac{1}{2}$ - $11\frac{1}{2}$, 53 gr 10,
48 gr 9, frische Eier über 53 gr $9\frac{1}{2}$, aussortierte kleine und Schmutzeier 7.
Auslandseier: Dänen 18er $13\frac{1}{4}$, 17er $12\frac{1}{4}$, $15\frac{1}{2}$ -16er $9\frac{3}{4}$, Holländer 60-62 gr
 $10\frac{1}{2}$ -11, Rumänen $8\frac{1}{2}$, Ungarn $8\frac{1}{2}$, Polen normale $7\frac{1}{2}$ - $7\frac{3}{4}$, kleine, Mittel- und
Schmutzeier $6\frac{1}{2}$, Witterung: kühl, Tendenz: abwartend.

SPD. Das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, "Der Textilarbeiter" nimmt in seiner letzten Nummer Stellung zu dem katastrophalen Versagen des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit gegenüber den stark von der falschen Rationalisierung bedingten Problemen des Arbeitsmarktes. Im Anschluss an den letzten Jahresbericht des Reichskuratoriums wird gesagt:

"Wenn es darauf ankäme, genau zu katalogisieren und zu registrieren, so hätte das Reichskuratorium eine ganz hervorragende Arbeit geliefert. Wir verlangen aber mehr. Wir stecken in einer Krise, die stark von Rationalisierungsprozess beeinflusst ist. Wir haben also ein Recht dazu, wenn wir die Forderung erheben, dass das Reichskuratorium in seinem Jahresbericht Stellung zu dem Rationalisierungsproblem nimmt. Das Reichskuratorium, das gewissermassen für die deutsche Rationalisierung verantwortlich zeichnet, darf kein Geheimkollegium von Bürokraten sein, sondern von ihm soll ja der Impuls ausgehen, der auch einem Wirtschaftsauftrieb neue Anregungen zu geben hat. Nichts davon! Bei Vorlage des Jahresberichts gab der Vorsitzende des Instituts, ein gewisser Schäfer, einen Überblick über die Arbeit und über das Wollen des Kuratoriums. Er entsprach ungefähr dem Jahresbericht. Wir haben den Eindruck mitgenommen, dass hier nicht der richtige Mann an der Stelle steht. Herr Schäfer mag Nordamerika aus verschiedentlichen Besuchen kennen. Wir wollen das nicht bestreiten, wem schliesslich auch die Tatsache, dass jemand Auslandsdeutscher ist und für einen amerikanischen Grosskonzern Kredite vermittelte, noch nicht besagen will, dass er etwas von der Rationalisierung drüben und hüben versteht. Die Schäferschen Ausführungen waren eine Aneinanderreihung von Gemeinplätzen und Eselswieseln, wie wir sie selten erlebt haben, so dass uns dabei der Gedanke kam: nach welchen Gesichtspunkten ist die Wahl dieses Mannes erfolgt? Wir nahmen den Eindruck mit nach Hause: hier steht ein an sich sicherlich brauchbarer Mann am falschen Platz. Leute, die der deutschen Rationalisierung Weg und Impuls geben können, müssen aus anderem Holze geschnitzt sein!"

Wenn der "Textilarbeiter" zu diesem Urteil kommt, so ist das doppelt wichtig, denn er ist eines der Blätter innerhalb der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, das von Anfang an positiv zur Rationalisierungsbewegung Stellung genommen hat.

SPD. Die Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank und die Deutsche Landesbankenzentrale A.G. haben der Reichsregierung den Vorschlag gemacht, mit Hilfe der Sparkassen und der Pfandbriefanstalten für die Förderung des Wohnungsbaus einen Kredit von 100 Millionen Mark zu beschaffen. Ausdrücklich wird dazu bemerkt, dass eine Bürgschaft des Reiches nicht verlangt werde. In derselben Eingabe beschäftigen sich die Spitzenorganisationen mit der Frage des Strassenbaus. Nach ihrer Auffassung stehen Auslandskredite, die u.a. die Studiengesellschaft für Automobilstrassenbau auf ihrer letzten Tagung in Danzig gefordert hat, nicht zur Verfügung. Auch erfordere der inländische Kapitalmarkt eine derartige Pflege, dass die Finanzierung von Strassenbauten nur durch kurz- und mittelfristige Kredite in Frage käme. Hier wird gefordert, dass die entsprechende Kreditgewährung ausschliesslich über die kommunalen Banken und Kreditanstalten der Länder erfolge, weil diese mit den wegebaupflichtigen Verbänden eingearbeitet seien.

SPD. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft erhöht ab 1. September 1930 die Grundfahrpreise in der III. Klasse bei Einzelkarten von 3,7 auf 4 Pfennige und bei Zeitkarten von 3,3 auf 3,7 Pfennige, in der II. Klasse von 5,6 auf 5,8 und in der I. Klasse von 11,2 auf 11,6 Pfennige.

Die neue Tarifierhöhung soll jährlich 45 Millionen Reichsmark erbringen. Da sie erst ab 1. September 1930 in Kraft tritt, würde sie rechnermässig für 1930 eine Mehreinnahme von 15 Millionen Mark ergeben. Im Laufe des Jahres hat die Reichsbahngesellschaft ausser der Personentarifierhöhung eine Erhöhung der Stückgut-, Express- und Gepäcktarife (Mehrertrag 48 Millionen Mark), der Berliner Stadtbahntarife (Mehrertrag 17 Millionen) und der Hamburger Stadt- und Vororttarife (Mehrertrag 1 Million Mark) durchgeführt. Das ergibt eine Gesamtbelastung pro Jahr von 111 Millionen Mark.

Wie sich die neuen Personentarifierhöhung auswirken wird, dafür nur ein Beispiel: Die einfache Fahrt von Hamburg nach Berlin kostete III. Klasse bisher 10,80 Mark. Sie wird in Zukunft 11,60 Mark kosten. Wird ein Eilzug benutzt, so steigert sich der Preis von 12,80 auf 13,60 Mark. In den unteren Entfernungen tritt eine nennenswerte Steigerung nicht ein. Dagegen wird die unterste Nahzone (1 bis 4 Kilometer), die für den Arbeitsverkehr in Frage kommt, infolge Heraufsetzung des Mindestfahrpreises von 15 auf 20 Pfennige äusserst stark (um 33 1/3 %) betroffen. Ähnlich wirkt auch die Erhöhung der Zeitkartenpreise. Bei den Monatskarten tritt bei 5 km eine Erhöhung um 0,80 auf 5 Mark, bei 10 km um 1 Mark auf 9,30, bei 15 km um 1,40 auf 13, bei 20 km um 1,80 auf 16, bei 25 km um 2 Mark auf 18,40 Mark und bei 30 km um 2 Mark auf 20 Mark ein, bei den Arbeiterwochenkarten bei 5 km um 0,10 auf 1 Mark, bei 10 km um 0,20 auf 1,90 Mark, bei 15 km um 0,20 auf 2,60, bei 20 km um 0,30 auf 3,20, bei 25 km um 0,40 auf 3,70 und bei 30 km um 0,40 auf 4 Mark ein. Schliesslich wird auch der Preis der Bahnsteigkarten um 100% auf 20 Pfennige erhöht.

Das ist wohl die beste Illustration zum Kapitel Preissenkung, wie sie das Kabinett Brüning-Schiele und Generaldirektor Dr. Dorpmüller auffassen.

SPD. Die Tagung des Internationalen Eisenpakts in Paris beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Errichtung gemeinsamer Verkaufsstellen und den Mindestpreisen, die in letzter Zeit von den Beteiligten vielfach unterboten worden sind. Zu einer Einigung kam es nicht, so dass die Mindestpreise tatsächlich abgeschafft und der Verkauf wieder freigegeben ist. Anscheinend ist man aber bestrebt, zu einer Regelung zu kommen, da die Verhandlungen fortgesetzt werden sollen.

SPD. Der Grosshandelsindex in Frankreich hat sich nach den amtlichen Berechnungen von 561 im April und 553 im Mai auf 544 im Juni gesenkt. Die Preisbaisse wird in der Hauptsache auf den Rückgang der Preise für Gemüse und Textilien zurückgeführt. Der Kleinhandelsindex für Paris ist von 586 im Mai auf 593 im Juni in die Höhe gegangen.

Nur vereinzelte Abschlüsse.

(Berliner Getreidebörse vom 10. Juli)

SPD. An der Berliner Produktenbörse wurden am Donnerstag effektive Abschlüsse nur vereinzelt getätigt, da Forderungen und Gebote schwer in Einklang zu bringen waren. Auch fehlte vom Mehlmarkt nach wie vor jede Anregung. Das Geschäft beschränkte sich unter diesen Umständen in der Hauptsache auf den Markt für handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte, an dem sich einige Deckungsneigung zeigte. Infolgedessen war beispielsweise Weizen per September um $1\frac{1}{2}$ und per Oktober um 1 Mark befestigt, während Roggen per September um 1 und per Oktober um $\frac{1}{2}$ Mark höher notierte. In Hafer war das Angebot etwas lebhafter und die Tendenz fest, da bei guten Mittelqualitäten und feinen Qualitäten bessere Konsumnachfrage herrschte. Wintergerste war ziemlich reichlich offeriert.

	9. Juli (ab märkische Station in Mark)	10. Juli
Weizen	-	-
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industriergerste	160 - 190	170 - 190
Hafer	158 - 165	160 - 166
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	32,50 - 40,50	32,50 - 40,50
Roggenmehl	22,75 - 25,00	22,65 - 25,25
Weizenkleie	10,00 - 10,50	10,25 - 10,75
Roggenkleie	9,50 - 10,25	9,75 - 10,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli $288\frac{1}{2}$ -291 (Vortag 289) September $260-260\frac{1}{2}$ ($258\frac{1}{2}$), Oktober $262-262\frac{1}{2}$ (261). Roggen Juli 168-169 ($167\frac{1}{2}$), September $175\frac{1}{2}-176$ (174), Oktober $179-180\frac{1}{2}$ ($178\frac{1}{2}$). Hafer Juli 172-173 ($172\frac{1}{2}$), September $176\frac{1}{4}-177\frac{3}{4}$ ($174\frac{1}{2}$), Oktober $177\frac{3}{4}-179\frac{1}{2}$ Geld ($176\frac{3}{4}$).

Berliner Milchpreis.

SPD. Milchpreis Berlin: Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin: Für A-Milch 21 Pfennige, für B-Milch 11 Pfennige, für C-Milch 17 Pfennige. Die A-Milchmenge ist für die Zeit vom 11. bis 17. Juli auf 120% des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt. Zur Zeit beträgt der Zuschlag für a) tiefgekühlte Milch $\frac{1}{2}$ Pfennig, für b) molkereimässig bearbeitete Milch $1\frac{1}{4}$ Pfennige je Liter.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 10. Juli: I. 145 Mark, II. 135 Mark, III. 119 Mark je Zentner. Tendenz: fest.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(10. Juli)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Neue deutsche Frühkartoffeln 5 Mark.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 51

Berlin, den 10. Juli 1930

Bienenzucht als Frauenberuf.^x

SPD. Die wirtschaftliche Lage erfordert heute in sehr grossem Umfange eine berufliche Betätigung der Frau. Diesem Erfordernis steht jedoch leider auf dem Arbeitsmarkt ein arges Missverhältnis von Angebot und Nachfrage gegenüber. Man braucht nur an die vielen Stempelschwestern zu denken, die den Stempelbrüdern an Zahl nicht weit unterlegen sind. Darum gilt es, Umschau zu halten nach neuen Berufen, dass dieses Elend einigermaßen verringert werde.

Wenn in den nachfolgenden Ausführungen auf die Bienenzucht als empfehlenswertes Arbeitsgebiet der Frau hingewiesen wird, so soll damit natürlich keineswegs gesagt sein, dass dieser Beruf nun für alle Frauen geeignet ist. Jeder weiss ja selbst, dass persönliche Veranlagung und umgebende Verhältnisse für die Berufswahl entscheidend sind. Dennoch kann wohl behauptet werden, dass der Beruf der Imkerin in mancher Hinsicht ein besonders günstiges Betätigungsfeld für die Frau bietet. Hier braucht die Frau ihre Freiheit nicht einzuengen. Die Ausführung dieses Berufes führt sie mitten hinein in Sonnenschein und Blütenpracht. Leicht und erfreuend ist die Arbeit; jeden Tag zeigen sich interessante Einzelheiten; täglich blickt man hinein in eine einzigartige Wunderwelt. Grosse Körperkräfte sind zu diesem Beruf nicht erforderlich, sodass man diese Beschäftigung, die man sehr schnell liebgewinnt, wie von Imkerinnen allgemein versichert wird, bis in ein hohes Alter hinein nicht aufzugeben braucht. Durch die heutige moderne Behandlungsweise, die entsprechende schützende Bekleidung ist der Bienenstich selten geworden. Das muss besonders hervorgehoben werden, weil die Furcht vor dem Bienenstich wohl der Hauptgrund ist, der bisher von diesem Beruf abgeschreckt hat.

Die Bienenzucht steht heute in Deutschland noch durchaus nicht in hoher Blüte. Millionen gehen jährlich für Honig ins Ausland, gehen also dem Volkvermögen verloren. Das ist umso bedauerlicher, als unsre Fluren an medizinischen Wert und an Güte unübertrefflichen Honig liefern. Noch heute wird die Bienenzucht in der Hauptsache in Deutschland als Liebhaberei betrieben und ist vor allem das Privileg vieler ostpreussischer Lehrer, die sich in ihren Mussestunden an dieser Beschäftigung erfreuen. Wieviel mehr könnte der Reichtum unsrer Fluren ausgenutzt werden, wenn sich mehr Frauen diesem Berufe widmeten, zu dem ganz besonders alle fraulichen Eigenschaften, wie Sauberkeit, Ordnungsliebe, sorgfältige Pflege und Umsicht, erforderlich sind! Ein besonders angenehmer Umstand ist noch, dass die Imkerin im Winter Ruhe hat, da die Bienen dann schlafen und ihrer kaum bedürfen. Dann hat die Imkerin Zeit, sich theoretisch weiter in ihrem Berufe zu bilden, fortschrittliche Neuerungen auszusinnen, und sie kann vor allem neue Kräfte sammeln für den kommenden Sommer. Vielen Ohren mag es wohl noch neu klingen, dass es Frauen gibt, die Bienen pflegen und betreuen und eine Einnahmequelle dadurch haben. Aber vereinzelt gibt es schon seit langem solche Frauen. In einem Bienenbuch aus dem Jahre 1800 wird uns bereits von einer Frau Professor Vikat zu Lausanne erzählt, "die manche schöne Verbesserung an ihren Kästen vornahm". Also schon damals zeichnete sich eine Frau durch Intelligenz in diesem Berufe aus.

Wir wollen nun hier einmal kurz die Möglichkeiten und Pflichten dieses Berufes auseinandersetzen. Die Imkerin kann ihren Beruf selbständig ausüben, wenn sie über ein kleines Kapital verfügt für die Anlage des Gartens und der

Aufbewahrungsräume und zur Anschaffung der Bienenstöcke und der verschiedenen Maschinen zur Gewinnung des Honigs. Das angelegte Kapital verzinst sich schon im ersten Jahre sehr gut. Die Bienenstände wachsen, und der Betrieb muss sehr bald vergrössert werden; damit wächst naturgemäss auch der Reinertrag. Um aber auch der mittellosen Bienenfreundin Mut zu diesem Berufe zu machen, weisen wir auf den Weg der Imkerin in einer grossen Bienenzüchterei hin. Welch ein reiches Betätigungsfeld bietet sich da für den liebevoll sorgenden Hausfrauensink! Wenn die erste Frühlingssonne wärmt, regt es sich im Stock. Dann hält die Imkerin eine grosse Heerschau ab; sie stellt neue Stöcke auf, säubert die alten Häuser und bessert sie aus und hängt die Rahmen ein. Sobald sich dann die ersten Blüten draussen öffnen, fliegen die Bienen aus, um Honig zu sammeln. Im Juni findet dann gewöhnlich schon die erste Honigernte statt. Die vollen Wabenkästen werden herausgenommen. Durch Schleudern gewinnt man aus ihnen den süssen, klaren Blütenhonig.

Der nahende Sommer bringt dann die aufregende, aber besonders interessante Zeit der Bienenschwärme mit sich. An den warmen, schwülen Sommerabenden geht die Imkerin lauschend von Stock zu Stock und hört an dem eigentümlichen, schwülen Summen, wo eine Revolution bevorsteht. Nun muss die Imkerin genau aufpassen, wo die Flüchtigen sich sammeln, damit sie sie einfangen kann. In dieser Zeit sieht die Imkerin fast täglich, wie sich ihre Völker mehren. Sie muss manchen neuen Stock aufstellen, damit sie alle Völker aufnehmen kann. Ist das Jahr warm und blütenreich, so kann die Imkerin häufig dreimal im Jahre ernten. Natürlich hängt auch viel von der klugen Anlage des Gartens ab. Sehr günstig ist die Nähe von Linden und Akazienbäumen, Klee- und Espersettefeldern. Im Herbst muss die Imkerin Vorkehrungen für die Ueberwinterung der Bienen treffen. Die Stöcke müssen bekleidet und die Apparate für die Ernährung im Winter in Tätigkeit gesetzt werden, da die Bienen sich dann nicht selbst ernähren können. (Sie erhalten als Nahrung eine Mischung aus Zucker und Honig.)

Der von einem erfolgreichen Bienenzüchter, der selbst Besitzer von 100 Bienenstöcken ist, herrührende Ausspruch "Die Bienenzucht ist die Poesie der Landwirtschaft, mit der sich jeder gebildete Mensch befassen kann", ist wie der zutreffend. Finden wir doch sonst nirgends im Tierreich so viel Fleiss und gegenseitige Hilfsbereitschaft wie im Bienenstaat. Gewiss auch hat Waldemar Bonsels der "Biene Maja" nicht unverdienterweise ein solches Denkmal gesetzt. Hat nicht dieses Buch schon in manchen Mädchen den Wunsch geweckt, einmal Bienen betreuen zu dürfen? Und dieser Wunsch kann sogar wirklich erfüllt werden; denn man braucht hier noch Arbeitskräfte.

Meta Helen Jacobs. (Berlin)

Zerline und der Zauberer.^x

SPD. Zerline Maudsen - eine Baltin von eigenartigem blonden Typus, alt-eingesessene Familie, östlicher Adel; das Gut geriet unter den Hammer; der Vater erschoss sich; die Mutter ging nach Berlin als Näherin - Zerlinge Maudsen begeisterte sich am Theater, bis eine Operettenaufführung sie so weit mitriss, dass sie einem Ballettmeister vorzutanzten wagte - siebzehnjährig damals. Während sie am Tage brav den Verkaufsstand eines Warenhauses zierte, knappte sie sich jede Stunde ab, sobald die Mutter einmal nicht im Hause war, um tanzen zu lernen. Probeauftritt in einer Operette, Erfolg, Gagenangebot von dreifacher Höhe ihres bisherigen Gehaltes - daraufhin willigte die Mutter ein. Ein Agent redete Zerline zu: das Kabarett zahle mehr und gebe obendrein Gelegenheit, Menschen und Sitten kennenzulernen. Er verschwieg Mehrausgaben durch Wohnen in Artistenquartieren, ständige Sorgen um Verträge. Sie schloss also ab, ging

nach Hamburg, nach Wien, nach Toulouse, und hier sass ein Agent, der sie nach dem "Ambassadeur" in Kairo vermittelte. Mit einer für ihre Begriffe phantastischen Gage. In diesem Treffpunkte der mondänen Welt Aegyptens überschüttete man sie mit Blumen. Zerline nahm dennoch keine Einladungen an, und man liess zu ihrer eigenen Verwunderung ihr Privatleben unangetastet.

Nur stimmte die Rechnung nicht - der Coiffeur verschlang ein Drittel der Gage; ein Zimmer im vierten Stock des Hotels kostete ebenso viel - Notwendigkeiten, Wäsche, Schuhe, Toiletteartikel bereiteten ihr bereits Kopfzerbrechen. Der Direktor zuckte die Achseln: "Mademoiselle müssen den Vertrag erfüllen. Hier sind genug Beamte und reiche Kaufleute in Kairo, die geringe Freundlichkeit hoch bezahlen!" Sie schlug zu - er rieb sich seine Backe: "Ich wollte Mademoiselle nur einen Rat geben...."

Zwei Tage später - sie grübelte gerade in ihrer Garderobe darüber nach, ob sie ihrer Mutter um Aushilfe telegraphieren dürfe - pochte es. Ein Aegypter trat ein. Er zeigte auf der Bühne phantastische Manipulationen. Er verbeugte sich und wartete - auf ihre Anrede erklärte er, der Inhaber sende ihn; sie wolle doch mehr Geld verdienen - gut, ihm, dem "Zauberer", fehle eine Partnerin - mit seinen erstaunlichen Tricks verdiene er, fände sich eine Partnerin, doppelte Gage und werde den Ueberschuss ehrlich teilen. Das war eine Möglichkeit...

Die erste Vorstellung - Ein Kasten stand bereit. Zerline verschwand in der Kiste, und der Mann bohrte Schwerter hindurch. Das Publikum lächelte: "Alter Trick"...Minutenlang starrte der Aegypter auf den Kasten. Die Leute wagten gegen ihren Willen kaum zu atmen. Der Illusionist wandte sich plötzlich um: "Ladies and Gentlemen - die Dame wurde zwischen den Schwertern hypnotisiert und wird sich im Kasten gänzlich entkleiden - sodann öffne ich nach Entfernung der Schwerter den Deckel, und Sie sehen die erste weisse Traumtänzerin. Nicht einmal ein Mediziner vermag die Trance aufzuheben..."

Wirklich - Zerline erhob sich; Füsse tasteten über den Rand der Kiste, bewegten sich ungeschickt vorwärts - die Musik untermalte das Geheimnisvolle der Vorgänge - und nun folgte ein Tanz, der den gierenden Menschen ins Blut ging. Der "Zauberer" stand seitlich auf der Bühne und richtete den Blick seiner Augen in die Pupillen der Kabarettistin - ihr Tanz erstarb nach seinem Willen; sie bewegte sich wieder auf die Kiste zu und verschwand. Abermals wurden die Degen hindurchgejagt - dann zog der Aegypter die Säbel zurück. Zerline trat wach auf die Bühne und verbeugte sich - bekleidet.

"Ambassadeur" machte enorme Kassen. Zerline glaubte, bei einem Täuschungstrick zu helfen, bis ein Zufall ihr die Hypnose des Aegypters zum Bewusstsein brachte. Nach einer Vorstellung liess sich ein Agent melden. Sie sassen zu drei in einer Seitenloge, und Zerline hüllte sich fest in ihr Cape. Da lag ein Vertrag für zehn Gastspiele in England, Frankreich und Deutschland vor ihr. Schon wollte sie den Füllfederhalter des Managers nehmen - ein paar Worte sprangen ihr ins Auge; sie las: "...Partnerin verpflichtet sich, bei Ausführung des Säbeltricks in Hypnose, als sogenannte "Traumtänzerin", den Kasten unbekleidet zu verlassen -"

"Wollen Sie eine Aenderung einführen?" erkundigte sich Zerline bei dem Aegypter. "Damit bin ich nicht einverstanden" - "Sie können ruhig unterschreiben; Sie wissen davon nichts. Die Hypnose ist echt, und - es ist keine Aenderung..."

Das Sektglas zerknallte an seinem Gesicht; Blut - sie wurde ohnmächtig. Man fuhr sie ins Hotel - der Aegypter blieb bei ihr. Er nahm aus einem kleinen Beutel getrocknete Blätter. Sein Gesicht war in Binden gehüllt. Besonders ein Auge schmerzte. Er entfernte selbst den Splitter. Zerline erwachte - da stand sein Kopf, hundertfach vergrössert, über ihren Augen. Sie wollte schreien - es gelang ihr nicht. Detonation; so schlugen die Worte zusammen: "Sie sind krank. Rauchen Sie; Sie werden gesund". Sie sog Dampf ein. Das Gesicht vor ihr wurde zur Wohnung ihrer Mutter. Sie sah einen Schüler mit einer blauen

Mütze, den sie als Zwölfjährige liebte... Haschisch....

Zwei Tage lang kümmerte sich der Aegypter nicht um sie. Am dritten Tage hatte sie von einem Boy sein Quartier auskundschaften lassen und ging zu ihm. Er lag in einem leeren, grauen Raum auf einer Ottomane, vor sich zwei Pfeifen. Keine Frage wurde gestellt. Seine Hände reichten eine Pfeife und Feuer. Zerline rauchte zum zweiten Male Haschisch. - Zur Vorstellung erschienen sie beide, und die Hypnose begann. Als der Vorhang sich zusammenschob, führte Fuad - so hiess der Aegypter - sie in die Garderobe und bereitete ihr die Pfeife.

+ + +
Diese Geschichte erzählten sich die Artisten in fünf Ländern. - Dann tauchten Zerline und der Zauberer in Europa auf, belauert von der Polizei. Doch nie man fand bei ihnen das Gift. Die "Traumtänzerin" eroberte die Welt - und Zerline hasste die Pfeife, hasste den Mann und die Narben, die das zersprungene Sektglas zurückgelassen hatte...

Einmal, als er sie, wach, berühren wollte, erlitt sie einen Herzkrampf; zehn Stunden später verschied sie.

Seitdem ist auch der "Zauberer" verschollen, und beide hat man vergessen.
Walter Anatole Persich.

Kleiderrevolution in England.^x

SPD. Das alte Sprichwort "Kleider machen Leute" hat einen tiefen Sinn. Es stimmt schon, dass der Anzug nichts Zufälliges ist, sondern mit den allgemeinen Lebensgewohnheiten, ja, sogar mit der geistigen Kultur eines Volkes zusammenhängt. Bis ins 19. Jahrhundert hinein hatte jede Landschaft, nein, jede Stadt ihre besondere Tracht. Die Ulmerin war anders gekleidet als die Strassburgerin oder die Münchenerin; der Adel wollte sich auch äusserlich vom Bürgertum; der Patrizier vom Kleingewerbetreibenden abheben. Es bedurfte erst der Revolutionierung des Wirtschaftslebens und des Verkehrs, um die alten Kleiderordnungen wegzufegen. Staatsumwälzungen haben immer auch durchgreifende Modenveränderungen bewirkt. In der französischen Revolution fielen Kniehose, Zopf und Schnürbrust, und bei dem Wartburgfest der deutschen Burschenschaft im Oktober 1817 flogen vierzig Jahre später dieselben Symbole der Reaktion: Korporalstock, Zopf und Schnürbrust, in die Flammen des Scheiterhaufens.

Wenn also heute ein Volk besonders zäh an dem Popanz alter Trachten festhält, so darf man daraus schliessen, dass in diesem Lande, ähnlich wie in deutschen Gebirgswinkeln - etwa in Hessen oder im Schwarzwald - die Menschen erzkonservativ sind. Romantische Gemüter finden enggeschnürte Mieder, ein halbes Dutzend dicker Tuchröcke, Fuchspelzmützen, Dreimaster herrlich und suchen, zu Trachtenvereinen zusammengeschlossen, diesen Unfug am Leben zu erhalten - genau so, wie sie für "malerische" alte Gässchen schwärmen, in denen, ohne Licht und Luft, schwindstüchtige Kinder heranwachsen. Eine Gefühlsduselei, die am Leben und seinen Forderungen vorbeisieht.

Nirgends jedoch ist gerade diese verschimmelte Romantik so tief eingewurzelt wie in England. Niemand erwartet das von einer Nation, die in Wirtschaft und Technik seit fast zweihundert Jahren an der Spitze Europas marschiert. Dabei hält das Inselvolk, durch einen Ozean von Vorurteilen vom übrigen Weltteil getrennt, mit einer geradezu lächerlichen Zähigkeit an seinen vollkommen veralteten und unbrauchbar gewordenen Mass-, Münz- und Gewichtssystem abzugehen.

Nun scheint aber endlich der Himmel ein Einsehen zu haben und das zu erzwingen, was die menschliche Vernunft von sich aus nie durchsetzen konnte. Eine der grössten Londoner Zeitungen, der "Daily Express", läuft Sturm gegen die unhygienische Kleidung der britischen Bevölkerung. Die Londoner "Season", die Zeit der grossen Repräsentation, mit Opernvorstellungen, Hofempfangen und

Sportveranstaltungen, fällt in den Juni. Da durften denn bei 30 Grad im Schatte die Gardegrenadiere in scharlachroten Tuchröcken und mit riesigen Bärenmützen auf dem Kopfe Spalier stehen. Da fuhren die Earls und Lords und Baronets im Zylinderhut, steifem Kragen und dunklem Schwalbenschwanz auf den Rennplatz. Nicht einmal, wenn sie auf die Börse gehen, können sie sich von Weste und Zylinder trennen. Der Bürgermeister, der "Lord Mayor", muss im Hermelinmantel und Pelzhut erscheinen, und Richter und Rechtsanwälte gar in schweren weissen Lockenperrücken. Sie dürfen ohne dieses Zeichen ihrer Würde ebenso wenig den Gerichtssaal betreten wie der Pastor ohne Talar die Kanzel.

Die Männer - stellt der "Daily Express" fest - sind im Grunde viel eitler als die Frauen. Um ihre Würde zur Schau zu tragen, unterwerfen sie sich den grössten Plagen. Die Frauen haben sich bedeutend gebessert: sie passen ihre Kleidung der Jahreszeit an. Aber die Männer kleiden sich im Hochsommer kaum anders als im Winter. Es ist auch der Zwang der Konvention: keiner möchte irgendwie auffallen. Jeder erwartet, dass der andere mit dem guten Beispiel vorangehen soll. Die Engländer sind eine alte Nation: wie ein Alpdruck lastet die vielhundertjährige Tradition auf ihnen. Sie wären todunglücklich, wenn sie zu einer Hochzeit oder zu einem Begräbnis anders erschienen als im Zylinder. Dabei war auch dieser Zylinder einmal ein revolutionäres Kleidungsstück. Er kündigte, gemeinsam mit der langen Hose, den Sieg des Bürgertums über den Adel an. Das alles hindert aber nicht, dass die Kabinetminister heute noch in Kniehosen bei Hofe erscheinen.

Bisher sind noch alle Reformvorschläge gescheitert. Der italienische Maler Marinetti, extremer Futurist, erfand einen Männeranzug, der ganz lose auf dem Leibe sass und die ultravioletten Strahlen der Sonne durchliess. Er konnte mit einem einzigen Knopf geschlossen und geöffnet werden. Ein Engländer namens Raymond Duncan ging in einer altgriechischen Toga einher. Aber beide wurden für verrückt erklärt. Bernard Shaw gehört zu den Pionieren des Luft- und Sonnenbades, das der puritanische Engländer noch heute verpönt. Shaw durfte es auch nicht auf englischem Boden wagen, seiner Sonnenleidenschaft zu frönen, sondern nur in Südfrankreich. Aerzte und Erzieher weisen mit Neid und Bewunderung auf das deutsche Beispiel des Luft- und Sonnenbades hin, meinen aber freilich: in England müsste man da einige Konzessionen machen....

Wie soll man sich denn nun an heissen Tagen kleiden? Da laufen uns die Engländer im "Daily Express" den Rang ab. Die Frau soll auf den Rock verzichten und wie der Mann das kurze Kniehöschen der Boy-Scouts tragen (das sich längst bei dem männlichen Teil unsrer Arbeiterjugend eingeführt hat); dazu eine Hemdbluse, Söckchen, Halbschuhe, leichten Filzhut. Die männliche Kleidung unterscheidet sich davon kaum mehr.

Aber auch das wird, wie so viele gute Vorschläge, auf dem Papier stehen, bleiben. Man wird es als "Bolschewismus" verschreien. Und man wird im stumpfsinnigen bürgerlichen Trott weiter laufen, weiter schwitzen und weiter stöhnen....

Hermann Hieber.

Lebende Juwelen.^x

SPD. Die Sonne der tropischen Zonen vermag in der Pflanzen- und Tierwelt Farbenwunder zu schaffen, die den Bewohnern der gemässigten Zone unbekannt sind. Zumal der Färbung der bei uns vorkommenden Vögel und Insekten fehlt der Glanz, der sich im Federkleid oder im Hautpanzer vieler tropischer Vögel oder Käfer spiegelt. Darum ist es - so grausam es auch erscheinen mag - nicht zu verwundern, dass diese Farbenpracht der Vögel und Insekten als Schmuck Verwendung gefunden hat, zunächst bei den Naturvölkern, dann aber auch bei den Damen

der weissen Masse, die sich ja meist neben dem Bestreben, mit ihrem Schmuck zu prunken, bizarren Modelaunen unterwerfen.

Bizarrr war zweifellos der Gedanke, den Hals oder den Busen mit einem lebenden Käfer zu schmücken, auf den die Mädchen und Frauen mittelamerikanischer Staaten gekommen sind, indem sie sich einen in altem Gemäuer lebenden Käfer als Brosche wählten. Freilich spielt dabei auch der Aberglaube eine Rolle, weil dieser Käfer als ein Talisman angesehen wird, der die bösen Geister vertreibt. Da dieser Käfer bei seinem Tode seinen wunderbaren Goldschimmer verliert, so kann er als Schmuckstück nur lebend getragen werden. In einen Goldreif gefasst, hängt dieser zählebige Käfer fast zwei Jahre lang auf dem Busenansätze seiner Trägerin, bis er stirbt, obwohl er während dieser ganzen Zeit keine Nahrung mehr zu sich nimmt. Man hütet ihn auf das sorgfältigste, weil sein Tod als böse Vorbedeutung angesehen wird. Leider kann man ihn nicht dazu bewegen, auf dem ihm von Natur gewiss nicht bestimmten Platze zu fressen.

Noch ein anderer Käfer, der in Südamerika heimische Cocujio, wird ebenfalls als lebender Schmuck getragen. Dieser Käfer besitzt eine intensive Leuchtkraft. Die gelben Flecken an seinem Halsschild leuchten so stark, dass man den Käfer in einem ausgehöhlten Flaschenkürbis in finsterner Nacht als Laterne benutzen kann. Mehrere Käfer, in einem Zimmer vereinigt, ersetzen eine elektrische Lampe. Die Damen nähen den Käfer Abends in ein Tüllbeutelchen und hängen ihn, wenn sie in Gesellschaft gehen, an die Halskette oder stecken ihn als leuchtenden Edelstein ins Haar.

In tropischen Ländern leben an die zwanzig Käferarten, die, in Gold- oder Edelsteinfassung gebracht, als Brosche, als Armband, als Ohrringe oder als Busennadel Verwendung finden. Häufig überstrahlt der metallische Glanz der Flügeldecken oder des Brustpanzers dieser Käfer den Glanz von Diamanten. Er leuchtet im Farbenspiel der Smaragde, des Opals, des Rubins wie der Glanz geschliffener Juwelen. Dieses Leuchten bleibt sogar noch jahrelang nach dem Tode der Käfer. Kein Wunder, wenn diesen Prachtkäfern eifrig nachgestellt wird und einige Arten schon völlig ausgerottet sind.

Andreas Stroinski.

SPD. Verkehrsschwierigkeit.^x Der Autobus ist überfüllt. Eine junge, hübsche Dame steigt ein. Ein junger Mann erhebt sich sofort. Die junge, hübsche Dame sagt: "Sehr liebenswürdig, aber ich stehe lieber". Errötend sagt der junge Mann: "Nein, ich -"

"Wirklich zu freundlich", unterbricht ihn die Dame, "aber ich möchte stehen."

"Oh, ich -"

"Du lieber Himmel, sind Sie denn so schwer von Begriff? Ich will stehen bleiben!"

"Aber ich -"

"Sie fangen an, mich zu langweilen. Setzen Sie sich doch wieder hin!"

Der junge Mann, Verzweiflung in der Stimme: "Ich will mich ja garnicht hinsetzen. Ich hätte ja schon an der vorigen Station aussteigen müssen...."

SPD. Fortschritte der zahntechnischen Goldarbeit.^x Für die Zahntechnik sind harte Geldlegierungen besonders wichtig. Dem Professor Brumfield in New York ist es neuerdings gelungen, 60 solcher Geldlegierungen herzustellen, von denen einige dreimal so hart wie Stahl sind. Wenn sich das Metall, wie erwartet wird, gut verarbeiten lässt, so kann es für Zahnfüllungen und andre zahntechnische Arbeiten eine grosse Bedeutung gewinnen.

Deutscher Reichstag

196. Sitzung vom 10. Juli, 3 Uhr.

SPD. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache, die stehend angehört wird: Ein furchtbares Unglück, wie es in gleicher Schwere seit Jahren sich in Deutschland nicht ereignet, hat gestern die Wenceslausgrube bei Neurode in Schlesien betroffen. Mehr als hundert Bergleute sind dem Unglück zum Opfer gefallen, viele sind verletzt, zahllose Familien in tiefe Trauer gestürzt. Die Vertreter des Betriebsrates der Berginspektion und des Bergarbeiterverbandes haben sich bis jetzt vergeblich bemüht, an den Ursprungsherd der Katastrophe vorzudringen, um die Ursache des Kohlendioxidausbruchs festzustellen. Wir können deshalb in diesem Augenblick ein Urteil noch nicht fällen, ob das Unglück etwa durch menschliches Verfehlen oder Versehen oder durch unbeherrschbare Naturkräfte verursacht worden ist. Wir müssen uns im Augenblick darauf beschränken, die Behörden um eine genaue Untersuchung zu ersuchen, den Hinterbliebenen, Angehörigen und Verletzten unsere Teilnahme auszusprechen und ihnen die Versicherung zu geben, dass allgemeine Mittel die Not werden lindern helfen müssen, die dieser Schlag über ein schon immer als Elendsgebiet bezeichnetes Land und über viele Familien gebracht hat. Ich zweifle nicht, dass der Reichstag bereit sein wird, bei dieser Hilfe mitzuwirken, und ich nehme an, dass Sie mich ermächtigen, Ihr tief-schmerzliches Mitgefühl den Angehörigen der Opfer zu übermitteln.

Ein Antrag Wendemuth (Soz) will das Ersuchen an die Reichsregierung gerichtet sehen, aus Anlass der grossen Katastrophe sofort mit ausreichenden Mitteln einzugreifen und die Hinterbliebenen, die Angehörigen und die Verletzten in ihrer schweren materiellen Not zu unterstützen.-Der Antrag soll zum Schluss der Sitzung erledigt werden.

Abg. Schröter-Merseburg (Kom) bringt den Antrag ein, eine Million Mark für die Hilfsaktion zu bewilligen.

Es folgen Anträge des Geschäftsordnungsausschusses, die Immunität einiger Abgeordneten aufzuheben.

Abg. Pieck (Kom) wendet sich gegen die beantragte Auslieferung seines Fraktionsgenossen Maslowski. Dieser soll als verantwortlicher Leiter der "Ifa"-Ausstellung am Potsdamer Platz in Berlin wegen einiger Bilder von George Grosz, die religiöse Gefühle anderer verletzt, vor Gericht kommen, ebenso der Abg. Schneller wegen eines Artikels der "Roten Fahne" gegen den Papst.

Abg. Dr. Gok (Dntl) bekämpft den Ausschussantrag auf Strafverfolgung des Abg. Graf Westarp wegen Beleidigung der Minister Braun, Grzesynski und Severing anlässlich ihrer Verfügungen gegen die Beteiligung von Beamten am Hugenbergschen Volksbegehren.

Die Auslieferung des Abg. Maslowski wird im Hammelsprung mit 15 Stimmen der Regierungsparteien gegen 101 Stimmen der Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten beschlossen; 51 sozialdemokratische Abgeordnete haben sich der Abstimmung enthalten, die übrigen Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion sind dem Hammelsprung ferngeblieben. - Dann wird die Auslieferung des Abg. Dr. Feder (Natsoz) beschlossen. Für den Ausschussantrag auf Strafverfolgung des Abg. Graf Westarp erhebt sich kein einziger Abgeordneter! Eine Beschwerde des Abg. Ulbricht (Komm) wegen Zwangsvorführung zum Untersuchungsrichter des Reichsgerichts wird abgelehnt, jedoch eine Entschliessung des Ausschusses gegen derartige Vorfürungen ohne Genehmigung des Reichstags angenommen. Schliesslich wird noch die Strafverfolgung des Abg. Schneller beschlossen.

Vor der Schlussabstimmung über das Brotgesetz verliert

Abg. Simon - Schwaben (Soz)

folgende Erklärung: Die Sozialdemokratische Fraktion war entschlossen, diesem

Roggenbrotgesetz ihre Zustimmung zu geben. Durch die Streichung des Verkaufs nach Gewicht auf Grund des gestern abgelehnten § 4 ist ihr das unmöglich gemacht worden. Nur solche Gewichtsvorschriften ermöglichen eine Kontrolle der Preisspanne sowohl wie des Preises für Brot. Wie notwendig eine solche Kontrolle ist, und wie sehr die Konsumenten mangels einer Kontrolle geschröpft werden, beweisen die Tatsachen. Von Mai bis August 1928 fiel der Roggenpreis um 20%, der Mehlp Preis um 19 %, der Brotpreis blieb unverändert. Im Jahre 1929 dasselbe Bild: vom Januar bis Mai sinkt der Roggenpreis um 4,9 %, der Mehlp Preis um 2,5 %, der Brotpreis bleibt stabil.

Wir stellen fest, dass die angeblichen Vertreter agrarischer Interessen, die Deutschnationalen, bereit sind, diese Interessen preiszugeben zugunsten der Bäckermeisterinteressen. Der Führer der Wirtschaftspartei, Herr Drewitz, hat sich hierüber in der zweiten Lesung des Gesetzes ganz eindeutig geäußert. Er sagte, zur Landwirtschaft gewandt: ".....aber wenn Ihnen ernstlich daran liegt, dass wirklich der Landwirtschaft geholfen wird, dann dürfen Sie die Bäckermeister nicht als Widersache haben, sondern Sie müssen sie zu Freunden haben." Und fortfahrend wandte er sich an die Sozialdemokratie: "So wenig Sie sich vorschreiben lassen, was Sie für Ihre Arbeitskraft nehmen, genau so wollen wir freie Menschen bleiben und wollen nicht mit Zuchthausparagrafen belastet werden. Wir werden das Gesetz ablehnen, wenn unser Streichungsantrag nicht angenommen wird."

In dieser Zeit, in der allgemein von Preisabbau und Preiskontrollen geredet, in der den Arbeitnehmern Lohnabbau zugemutet wird mit der Behauptung, dass dies durch einen Abbau der Preise und der Lebenshaltungskosten ausgeglichen werden solle, wird die Preiskontrolle auf dem wichtigsten Gebiete der Volksernährung ausdrücklich abgelehnt. Der Brotpreis wird sich solange dem Getreidepreis nicht anpassen, als die Niedrighaltung der Preisspanne vereitelt wird und durch Fehlen der Möglichkeit einer Preiskontrolle der Verbraucher wie bisher so auch in Zukunft bewusst im Unklaren gehalten wird über das, was er kauft, weil verändertes Gewicht niemals so sinnfällig in Erscheinung tritt, wie der veränderte Preis.

Nach der Abstimmung zum § 4 kann der Arbeiterschaft ebensowenig wie der öffentlichen Meinung noch länger zugemutet werden, zu glauben, dass die jetzigen Regierungsparteien mit einer Senkung der Lebenshaltungskosten wirklich ernst machen wollen. Ohne die Preiskontrolle im Brotgesetz ist dieses Gesetz nur noch Instrument zur Schröpfung der Konsumenten zugunsten der Bäckermeister. Deshalb lehnen wir dieses Gesetz ab und beantragen, die Schlussabstimmung namentlich vorzunehmen.

Das verschlechterte Brotgesetz wird in namentlicher Abstimmung mit 212 Stimmen der Regierungsparteien und der Deutschnationalen gegen 198 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten bei 11 Enthaltungen verabschiedet.

Präsident Löbe bittet nunmehr, die vorher zurückgestellten Anträge auf Hilfsmassnahmen für die Opfer des Grubenunglücks ohne Aussprache dem Haushaltsausschuss zu überweisen.

Abg. Torgler (Komm) widerspricht diesem Vorschlag und verlangt eine Debatte über die Anträge. - Abg. Dr. Perlitius (Ztr) erklärt, seine Freunde hätten gleichfalls einen Hilfeleistungsantrag vorbereitet. Er beantragt, alle diese Anträge auf die Tagesordnung der Freitag-Sitzung zu setzen.

Der Vorschlag Perlitius wird angenommen. - Um 4 1/4 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag, 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen auch das Gesetz über die Fälligkeit der Aufwertungshypotheken.